

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 88-87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.40. Monatlich 55 Pfg. Polzeitsungskarte Nr. 4089 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtsige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 15.

Freitag, den 18. Januar 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“)

Berlin, 16. Januar 1895.

16. Sitzung.

Präsident von Leseow eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Verathung des Antrags des Zentrums auf Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Graf Pommesch (Z.) begründet den Antrag. Er führt Beschwerde über die ablehnende Haltung des Bundesrats und erklärt, das Zentrum werde dem Antrag so lange wiederholen, bis er angenommen ist. Die Ablehnung des Antrages sei eine Verletzung der doch gesetzlich gewährtesten Religionsfreiheit und der Zustand müsse endlich aufhören, daß hochverdienende schuldlose Staatsbürger im Auslande leben müssen. Mit diesem Ausnahmegegesetz sei die Umsturzvorlage, die für Religion, Sitte und Ordnung kämpfen wolle, schwer vereinbar. Er bitte, den Antrag anzunehmen. (Beifall im Zentrum.)

von Manteffel (K.) giebt Namens der deutsch-konservativen Partei die Erklärung ab, daß sie nach wie vor dem Antrag ablehnend gegenüber stehe. Es habe sich seit der letzten Einbringung des Antrages gar nichts geändert. Zwischen der Umsturzvorlage und dem Zentrumsantrag könne er keinen Zusammenhang finden.

Schröder (Fg.) spricht sich ebenfalls gegen den Antrag aus. Willeki (P.) giebt eine kurze Erklärung für den Antrag ab.

Liebkecht (SD.) Die Spitze des Antrages richtet sich nach zwei Seiten. Einmal macht das Zentrum seine Haltung zur Umsturzvorlage wesentlich von der Haltung abhängig, die die Regierung diesem Antrage gegenüber einnehmen wird. Bei der Umsturzvorlage aber handelt es sich darum, unsere Partei zu knebeln. Die zweite Spitze des Antrages gegen uns liegt darin, daß man sagt, die Jesuiten seien notwendig, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen. Die katholische Kirche hat erklärt, sie allein sei im Stande, den Kampf gegen uns zu führen mit geistigen Waffen, aber wir haben sie bis jetzt nicht erfolgreich gefunden als irgend eine andere Partei. Alles das kann uns aber nicht abhalten, auf dem Boden zu bleiben, den wir von Anfang an eingenommen haben. Für uns giebt es keine zweierlei Grundfälle, keine zweierlei Grundfälle, keine zweierlei Taktik, wir sind keine Partei Drehscheibe. Gleiches Recht für Alle ist unser Prinzip, wir verlangen absolute Freiheit in religiöser Beziehung, in der Wissenschaft, Freiheit in Bezug auf Kritik, Presse, Vereinsrecht u. s. w. Gegen das Gemeinrecht, welches die Exekutivkraft lediglich gegen Handlungen richtet, die Meinungen aber vollständig unberührt läßt, hat die Gerechtigkeit zur Grundlage. Unsere Partei war von Anfang gegen jedes Ausnahmegesetz. Rebel hat das Jesuitengesetz schon im Jahre 1872 bekämpft. Unter dem Sozialistengesetz haben wir einen Antrag auf Aufhebung aller Ausnahmegeetze gestellt. Damals erklärte Windthorst, daß das Zentrum aus formalen Gründen dem Antrag nicht zustimmen könne, weil die Frage der Ausweisung der Jesuiten vernünftiger Weise mit der Frage des Ausnahmegegesetzes gegen die Sozialdemokratie. Wir wechseln unseren Standpunkt nicht, fürchten uns auch nicht vor den noch kommen sollten, die tüchtigsten Jesuiten sind ja schon hier in Deutschland. Wir haben vor den Jesuitengenerälen so wenig Angst wie vor anderen Generälen. (Bravo, links.) Sie werfen uns immer unseren Zukunftsstaat vor. Ja, Sie haben ja auch den Zukunftsstaat. Es hat 200 Jahre lang ein sozialer Staat bestanden, gegründet von Jesuiten. Ich spreche von Paragay. Dort hat freilich eine ganz unerhörte Geistesknechtschaft bestanden und der Staat ging erbärmlich zu Grunde aus Mangel an Freiheit. Gegen diese Jesuiten ist Freiherr v. Stumm ein Stümper, denn da war weit mehr geleistet worden für die Knechtschaft des Geistes, als im Königreich Stumm heute geleistet wird. (Heiterkeit links.) Sie können nicht mit dem Vorwurf kommen, daß die Jesuiten die Freiheit unterdrücken wollen. Derartige unterdrückt die Freiheit, welcher die Jesuiten nicht nach Deutschland hereinläßt und gerade diejenigen, die hier auf diesen Standpunkt sich stellen, sind jetzt im Begriffe, der Regierung ein Knebelgesetz zu bewilligen, welches die größte Partei Deutschlands mundtot machen soll. Und nun gar die Jesuitenmoral! Ich habe gefunden, daß sie außerordentlich viel Gutes enthalten. In Bezug auf bürgerliche Freiheit sind die Jesuiten unendlich viel freisinniger gewesen, wie es die protestantischen Geistlichen sind. Nicht die Jesuiten sind es gewesen, die die wahnsinnige Lehre vom Gottesgnadenthum erfunden haben, nein, das waren die protestantischen Theologen in Deutschland und England. Was Sie sonst noch Jesuitenmoral nennen, das ist eingeführt im öffentlichen Leben. Derselbe Staat, der sich christlich nennt, erläßt Umsturzgesetze, derselbe Staat, der die Religion des Mannes bekennt, der da sagt: „Gott geht ein Kameel durch ein Nadelöhr, als daß ein Reicher in den Himmel kommt.“ will jetzt die Partei knebeln, welche dem armen Manne zu seinem Rechte verhelfen will. Das ist Jesuitenmoral! Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen. Die Jesuiten werden die bürgerliche Gesellschaft nicht stützen können, es ist eben heute die bürgerliche kapitalistische Welt in der Auflösung begriffen. (Heiterkeit rechts.) Da lachen Sie, sehen Sie doch nach Frankreich, dort ist der gegen den Umsturz gewählte Präsident gestürzt. So wird es allen Regierungen gehen, die sich auf gewaltthätige Politik stützen. Deshalb sagen wir: Freiheit für Alle, fort mit diesem Ausnahmegegesetz. (Bravo, bei den Sozialdemokraten.)

von Marquardsen (K.) giebt die Erklärung Namens

Nationalliberalen ab, daß sie im Interesse des religiösen Friedens dem Antrag nicht zustimmen können.

Rickert (Fg.) bittet, die zweite Lesung des Antrags nicht gleich vorzunehmen; falls sie vorgenommen werden sollte, werde er einen Antrag auf Aufhebung des § 166 beantragen.

von Stumm spricht sich gegen den Antrag aus.

Dr. Lieber (Z.) hebt in seinem Schlusswort hervor, daß es ihm fern liege, heute alle Wunden wieder aufzureißen. Er gebe zu, daß es sich um entgegengesetzte Weltanschauungen handle, aber man solle diese geistigen Kämpfe nicht mit Ausnahmegeetzen zum Austrag bringen. Liebkecht habe gesagt, die Haltung des Zentrums zur Umsturzvorlage werde von dem Schicksal dieses Antrages abhängig sein, dagegen müsse er sich verwahren. Die Haltung des Zentrums zur Umsturzvorlage sei völlig unabhängig, er wolle auf die gesammte Parteigleichheit hin. Auf die sofortige Vornahme der zweiten Lesung verzichte keine Partei; er hoffe aber, daß die zweite Lesung dann morgen vorgenommen werde.

Die zweite Lesung wird auf morgen vertagt.

Es folgt die Verathung des Antrages Kropatschek und Gen.: Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler zu eruchen, dem Reichstage alsbald Gesetze vorzulegen, durch welche

1) die Erlaubniß zur selbstständigen Betreibung eines Handwerks unter vollständiger Zusammenlegung verwandter Gewerbe von dem vorangegangenen Nachweis der Befähigung abhängig gemacht wird.

2) den Konsumvereinen die Abgabe von Waaren an Reichstagsmitglieder schlechthin und unter Strafanandrohung verboten wird.

Der zweite Theil des Antrages wird dann gesondert behandelt.

Jakobsböcker (K.) begründet den Antrag kurz.

Deyl zu Hemsheim (K.) polemisiert gegen die Behauptung der Sozialdemokratie, daß der Großbetrieb den Kleinbetrieb aufsaugt. Die gestern vorgelegten Etiefelchen beweisen gar nichts. Grade in der Schuhmacherei seien nur 10 pSt. Großbetriebe. Die qualifizierte Arbeit werde sich immer gegen die Maschinenproduktion halten. Was dem Handwerkerstand fehle, sei eine feste Organisation. Welchen Namen man dieser gebe, sei gleichgültig. Die Hauptsache sei, daß die Organisation obligatorisch sei. Vielleicht empfehle sich das Muster der Handelskammer. Redner freut sich, mit der Regierung in dieser Frage übereinzustimmen.

Vamp (K.) polemisiert unter großer Unanmerksamkeit des Hauses gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Richter über die Handwerkerfrage. Millionen von Handwerkern seien trotz der Konkurrenz des Großbetriebes noch existenzberechtigt. Nur müsse ihnen der Kampf durch die Gesetzgebung erleichtert werden. Ihre Kreditbedürfnisse müßten durch den Staat befriedigt werden. Den Handwerker müsse es schmerzlich berühren, daß der Wäre Staatsgelder zu 1 1/2 bis 2 pSt. zur Verfügung gestellt würden, während die Anwendung erheblicher Mittel müsse die preussische Regierung eine Generebauf errichten, die den Handwerkern Geld zu billigen Zinssatz gebe. Vergebens juche man im ganzen Etat einen Posten, der den Handwerkern zu Gute komme. Der Meister müssen sich die Großen vom Munde absparen, um die Marken für die Invalidenversicherung für seine Gesellen zu kaufen, während er selbst der Armenpflege im Alter anheimfalle. Das müsse die Handwerker erbittern. Dem Handwerker müßten elektrische Kleinmotoren zur Verfügung stehen. Die Wasserkräfte befänden sich in Händen des Staates. Dieser müsse große Zentralanstalten errichten und die in Elektrizität verwandelten Kräfte in die großen und mittleren Städte lenken, wo sie Kleinmotore, die dem Handwerker zum billigen Preise zu überlassen sein, zu bewegen hätten. Mit geringen Mitteln lasse sich Großes leisten. Die Schleuderkonkurrenz müsse durch Gesetze bekämpft, die Gefährlichkeit geregelt werden. Was die Organisationsfrage des Handwerks betreffe, so sei die Vorkal- die Organisationsfrage die einzig zweckmäßige. An der Frage der Lehrlingsausbildung sei nicht nur das Handwerk, die Industrie, sondern auch die Entwicklung des ganzen gewerblichen Lebens im Staate betheiligt. Die Handwerker leiden weiter an der Unkenntniß der Buchführung und an unrichtiger Preiskalkulation. Hier müsse der Staat für bessere Erziehung sorgen. Eine Folge solcher Preiskalkulation seien die nachfolgenden Unterbietungen bei den Submissionen, an denen auch das mangelnde Sozialbaritätsgelb mit Schuld trage. — Der Staat müsse für die lokalen Handwerkerorganisationen Geld zur Verfügung stellen, so wie in Preußen die landwirtschaftlichen Zentralvereine durch erhebliche Staatsgelder unterstützt würden. Ehe man Alles dies, so verliere die Frage der Zwangsinnungen viel von ihrer Wichtigkeit. In den Zwangsinnungen liege aber durchaus keine Gefahr. Seien doch auch die Handelskammern obligatorisch. Redner ist damit einverstanden, daß in den Handwerkerkammern zunächst eine provisorische Organisation geschaffen würde, die sich über die Frage der Zwangsinnungen schlüssig werden könne. (Beifall rechts.)

Abg. Euler (Z.): Wenn die Regierung auf dem von ihr betretenen Boden etwas schneller vorgehen würde, wäre das Zentrum sehr einverstanden damit. Die obligatorische Innung sei nach wie vor das Ziel der Handwerker. Der Befähigungsnachweis müsse gefordert werden. Die ablehnende Haltung des Ministers von Berlepsch habe das Handwerk schmerzlich berührt. Die manchesterlich-liberale Gesetzgebung habe die zügellose Gewerbefreiheit geschaffen und damit nicht nur das Handwerk geschädigt, sondern auch das übermäßige Anwachsen der Sozialdemokratie herbeigeführt — der Befähigungsnachweis, den Oesterreich 1888 eingeführt, habe allerdings dort nicht ganz die erhoffte Wirkung gezeitigt; gleichwohl sehne sich das österreichische Handwerk nicht nach den Zuständen vor 1888 zurück. Den Handwerkerstand leiten bei seinen Forderungen nicht eigennützige Interessen, sondern patriotische Gefühle. Der Handwerkerstand sei in Verbindung mit den Landwirthen die feste Stütze von Thron und Altar, für das Königthum von

Gottes Gnaden. (Bravo rechts.) Daß das Handwerk noch leistungsfähig ist, beweise dieser Reichstagsbau. Fördern Sie nur das Kunsthandwerk, beschneiden Sie die Auswüchse des Großkapitals, dann wird es den goldenen Boden wieder bekommen. Er hoffe zu Gott, daß die Regierungen sich der Einsicht nicht länger verschließen würden, daß für das Handwerk nunmehr wirklich etwas geschehen müsse. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Bachnick (F. Vg.): Dem Gedanken einer Organisation des Handwerks ständen seine politischen Freunde nicht durch aus ablehnend gegenüber, viel versprächen sie sich aber nicht von den Handwerkerkammern. Jedenfalls seien sie nicht geeignet, dem Handwerk den goldenen Boden zurückzubringen, nicht einmal den silbernen. Der Vordredner habe die Gewerbefreiheit für den Niedergang des Handwerks verantwortlich gemacht. Das sei nicht der Fall. Gesetze machten überhaupt nicht die wirtschaftliche Entwicklung, sondern die wirtschaftliche Entwicklung mache die Gesetze. Die Großindustrie sei am Rückgang des Handwerks Schuld. Andererseits gehe der gestrige Redner der Sozialdemokratie zu weit, wenn er sage, für das Handwerk gebe es keine Rettung. Ein guter Schuhmachermeister werde als Wohlthäter für die an Fühneraugen leidende Menschheit auch heute noch sein Auskommen haben. Es gäbe noch ein weites Gebiet für gute Handwerker, namentlich auf dem Felde des Kunsthandwerks. Obligatorische Innungen wolle er nicht; die wolle auch das deutsche Handwerk nicht. Selbst die heute noch den Innungen angehörenden Meister gehörten ihnen vielfach nur noch aus alter Gewohnheit an. (Widerspruch rechts.) Er verhalte sich nicht ablehnend gegen die Handwerkerkammern, weil er hoffe, daß es in dieser Vertretung des ganzen Handwerks zu Tage treten werde, daß die Mehrheit der deutschen Handwerker nicht künstlich gestiftet sei. Die Einführung des Befähigungsnachweises würde ein Demunziantenthum schlimmster Sorte im Gefolge haben. In Oesterreich, wo man den Befähigungsnachweis theilweise weigert habe, befände sich der Handwerkerstand nicht besser als bei uns. Die Fachschulen seien hierfür viel geeigneter, ihren Ausbau sollte man sich angelegen sein lassen. Die Künstler verlangten unerreichtes; das ersehe man aus der Haltung der Regierung, die sonst den Herren gewiß gefällig wäre. In höherer Leistungsfähigkeit müßte das Handwerk Beförderung seiner Lage suchen.

Abg. Reichhaus (SD.): Wenn das Wohlwollen der sogenannten staatsverhaltenden Parteien für den Handwerkerstand allein genügte, seine traurige Lage irgendwo zu verbessern, dann wird ihm allerdings anschiebig geholfen werden können und wenn es wirklich gelingen sollte die hier vorgeschlagenen Mittel als Gesetz zu erhalten, so wird die Zeit kommen, wo die Handwerker ausruhen werden: „Gott schüze mich vor meinen Freunden!“ Sie wollen jetzt das Handwerk organisieren. Seit 30 Jahren arbeiten wir bereits an der Organisation der Geschäften in Fachvereinen. Und trotz aller Schwierigkeiten, die uns die Behörden in den Weg stellten, haben wir außerordentliches darin geleistet. Wir haben Fachschulen errichtet, lassen Unterricht aller Art erteilen, haben Unterstützungsstellen geschaffen. Ja, ein Theil der Innungsmeister hat, namentlich in meiner Vaterstadt Erfurt, seine Kenntniß sich erst bei unseren Fachvereinen erworben durch Teilnahme am Fachunterricht. Nicht zu Gunsten des Handwerkerstandes im Allgemeinen spricht es, daß er sich trotz des Koalitionsrechtes nicht organisiert. Nur ein Zehntel aller Handwerksmeister gehört den Innungen an. Nun soll der Zugang helfen. Aber damit werden Sie dem Handwerk auch nicht die fehlende Einigkeit in die Nothwendigkeit einer Organisation verschaffen. Auch vom Befähigungsnachweis haben die Handwerker nichts zu erwarten. Der Hinweis auf die Erfolge der mittelalterlichen Innungen ist verfehlt. Die wirtschaftlichen Bedingungen haben sich völlig geändert und lassen sich nicht mehr zurücktauben. Können Sie denn die Banne wieder einführen, die dem Handwerker früher einen bestimmten Kreis von Konjumenten sicherte? Schämt denn der Handwerker der Befähigungsnachweis, den er erbringt, vor dem Konkurrenzkampf? Ein Beispiel dafür aus Erfurt. Dort bekam eine Schneiderrfirma unter ganz bestimmten Bedingungen eine Lieferung zur Gewerbe- und Industrie-Ausstellung. Die Firma fertigte ein Musterstück an. Dies Musterstück wurde einzelnen Herren zur Begutachtung überwiesen. Zwei Erfurter Schneiderrfirmen lehnten es einfach ab, ein Urtheil darüber abzugeben. Eine andere Firma aber lieferte die Arbeit um 2 Mark pro Stück billiger als wie jene, der sie unter bestimmten Voraussetzungen angeboten war. Das Wunderbare ist dabei nun, daß gerade der Besitzer dieser Firma für den Befähigungsnachweis eintritt und auch im politischen Leben eine Rolle spielt. Auch er, der doch die Unterbietung bekämpfen will, muß im Konkurrenzkampfe mitmachen, was ich ihm übrigens nicht als Vorwurf anrechnen will. — Selbstständige Handwerker giebt es nicht mehr viel; die meisten sind nichts weiter als Arbeiter für ungelernete Geschäftsinhaber: der Schneider arbeitet für das Magazin, der Tischler für den Möbelschneider. In der Schnitzerei ist der Befähigungsnachweis eingeführt. Was tritt da morgen ein? Die Maschine ist bereits erfunden, die das, was der Schnitzer in jahrelanger Lehrzeit erfunden muß, von selbst besorgt. Man kann das härteste Holz verwenden, man kann mit viel größerer Schnelligkeit die schönsten Formen herstellen. Herr Euler hat behauptet, daß die vielen Unglücksfälle bei den Bauten daher kämen, daß nicht gepörrte Meister sie errichteten. Aber der Bau, der im vorigen Jahre in Berlin, in der Kochstraße, zusammenstürzte, war von Innungsmeistern ausgeführt. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das kann also auch bei gepörrten Meistern passieren und trotz des Befähigungsnachweises würde es auch in Zukunft passieren. Nicht die Gewerbefreiheit, die maschinelle Entwicklung hat die Lehrlingszukunft geschaffen, weil die Konkurrenz, welche sie den Handwerksmeister bereitete, dieselben veranlaßte, sich nach Arbeitskräften umzusehen, für die sie wenig oder nichts zu bezahlen hatten. Deshalb auch die Forderung der Künstler nach dem Monopol der Lehrlingszukunft. Was nützt dem Handwerker der Motor, was die Elektrizität! Kann er denn seine Maschinen ausüben? Während er den Werth derselben noch verdienen soll, sind sie längst veraltet. Eine kleine maschinelle Hilfskraft kostet zudem das Fünftache, was

im Großbetrieb die ganze Kraft kostet. Die Innungen geben für Repräsentation das Meiste aus. In Breslau haben die 61 Innungen mit 4200 Mitgliedern für 8 Fach, Abend- und Sonntagschulen 4569 Mk., für Herbergswesen 555 Mk., für Arbeitsschulen 304 Mk. ausgegeben; der Votenzahn der Innungsboten betrug 5136 Mk. (Hörtl hörtl bei den Sozialdemokraten); für Repräsentationen bei Jubiläen sind 4209 Mk., für Druckkosten 2248 Mk. für den Verbandsstab 4792 Mk. ausgegeben worden. Das genügt. Sie, meine Herren, brauchen die Innungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Aber Ihre Hoffnung ist trügerisch. Wie viel Handwerker sind heute nicht schon Sozialdemokraten. Nicht dadurch, daß Sie dem Handwerker neue Lasten auferlegen, daß Sie ihn zwingen wollen, auch noch Lasten für die Zwangsorganisation zu tragen, werden Sie ihn vor'm Untergang bewahren. Nur die Unzufriedenheit werden Sie damit erlösen, und wir werden die Erben sein. Wollen Sie aber Bestimmungen treffen, die dem Handwerker die Existenz wirklich leichter machen, dann werden Sie uns auf Ihrer Seite finden, wie sind bereit, die Schärfe des Aufbühnungsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft zu lindern. Entlasten Sie das Handwerk durch eine andere Steuergesetzgebung, dann haben Sie mehr dafür gethan, als durch die Einführung von Zwangsinnungen, die in's Museum für Alterthümer gehören. (Bravo bei den Soziald.)

v. Bieder (K.) tritt nochmals für den Befähigungsnachweis ein.

Die Debatte wird vertagt. Schluß 5 1/2 Uhr.  
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Jesuitengesetz. Justizgesetz.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die Einheit der Reichsregierung erscheint in eigenartiger Beleuchtung. Herr Rieberding: „Wenn Sie in der Kommission eine bessere Fassung des Umsturzvorzuschlags können, so wird die Regierung sie nicht ablehnen.“ — Herr Schönstedt: „Weisen Sie das Gesetz nicht pure zurück, sondern legen Sie Ihre bessernde Hand an die einzelnen Paragraphen des Gesetzes. Die Regierung wird Ihnen dankbar sein, wenn Sie das Gesetz verbessern in dem Sinne, wie es gemeint ist.“ — Herr v. Köller, der dem Centrum und den Polen sogar Dank für ihre Ausführungen sagte: „Wenn das Centrum an dem Eintreten für Religion, Sitte und Ordnung festhalten will, werden wir uns mit ihm über die Vorlage verständigen können.“ — Und der Reichskanzler erklärte, die Vorlage enthalte das Mindeste, was die Regierung fordern könne. Wer hat recht? Der neueste Kurs ist kursorlos!

Die Bestimmungen für die Sonntagsruhe in der Industrie sind in den Ausschüssen des Bundesraths bereits durchberathen und an's Plenum gelangt. Es ist nach der „Volks-Ztg.“ sicher, daß sie am 1. April in Kraft treten. — Erst abwarten!

Zur Tabaksteuervorlage wird gemeldet, daß die Ausschüsse des Bundesraths bei Berathung der Tabaksteuervorlage die Erhöhung des Tabakzolls um 5 Mark gegen die Stimmen Sachsens und der Hansestädte angenommen hätten. In den weiteren Stadien der Verathung werde an diesem Beschlusse nichts mehr geändert werden.

„Fall Stolle.“ Im Reichstage und in der Presse ist debattirt worden über den „Fall Stolle“. Dem Sohne des Abg. Stolle-Gesau war bekanntlich von der Militärbehörde verboten worden, gelegentlich seines Weihnachtsurlaubes und seines Aufenthaltes im Elternhause, die Gastwirthschaft seines Vaters zu betreten. Es könnte den Anschein gewinnen, als stehe dieses Verbot vereinzelt da, aber diese Auffassung wäre vollkommen unrichtig, vielmehr handelt die sächsische Militärbehörde allgemein so wie im Fall Stolle. Der Sohn des Wirtzes vom „Schützenhaus“ in Chemnitz — in welchem Lokal unsere Partei ihre Versammlungen abhält — diente in Chemnitz als Einjähriger und wohnte im Elternhause. Auf Befehl der Militärbehörde durfte er während des ganzen Jahres die Restauration seiner Eltern nicht betreten und war so ein Jahr lang in seinem Aufenthalt im Vaterhause beschränkt.

Das kriegsgerichtliche Urtheil über die Oberfeuerwerkerführer wird jetzt, nachdem es seitens des zuständigen Gerichtsherrn bestätigt worden ist, im „Reichsanzeiger“ bekannt gegeben. Sämmtliche Inhaftirte sind bestraft worden. Die große Mehrzahl — 131 — erhielt wegen Ungehorsams je sechs Wochen und einen Tag Gefängniß, welche Strafe durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurde. 31 andere wurden wegen Ungehorsams, Achtungsverletzung, gemeinsamer Achtungsverletzung und Drohung, je nach der Schwere der den Einzelnen zur Last fallenden Vergehen, mit Gefängniß von sechs Wochen und zwei Tage bis zu neun Monaten unter entsprechender Anrechnung der erlittene Untersuchungshaft bestraft. Gleichzeitig wurden von dieser Kategorie zehn degradirt. Endlich ist ein Unteroffizier wegen Aufwiegelung und gemeinschaftlicher Achtungsverletzung mit fünf Jahren und einem Tage Gefängniß (wovon durch die erlittene Untersuchungshaft 75 Tage als verbüßt zu erachten) und Degradation, und ein anderer Unteroffizier wegen Ungehorsams, Achtungsverletzung, gemeinsamer Achtungsverletzung und Aufwiegelung mit fünf Jahren und fünf Monaten Gefängniß und Degradation bestraft worden.

Neht nette Grundsätze in der Werthschätzung der gewerblichen im Gegensatz zur landwirthschaftlichen Arbeit hat der Herr Oberstlieutenant von Petersdorff in Gera. In dieser Stadt tagte am 11. d. M. eine Generalversammlung des Neuhäuslichen Bauernbundes, und bei dieser Gelegenheit machte der erwähnte Herr von Petersdorff, nach einer reußischen Zeitung, die folgenden recht wunderbaren Mittheilungen: Der Landwirthschaft

habe ich immer wohl gewollt. Bei den letzten Kaisermandatvorn im Jahre 1890 habe ich als Bezirkskommandeur es bewiesen. Da hatte ich 1200 Mann aus dem Beurlaubtenstande zu stellen. Die in der Dekonomie und Landwirthschaft beschäftigten Leute habe ich nach Möglichkeit von der Uebung dispensirt, dafür Arbeiter und Handwerker eingezogen, denn einen Arbeiter bringt eine solche Uebung höchstens 14 Tage in seinen Erwerbsverhältnissen zurück, während den Landwirthchen ein Rückgang der Wirthschaft auf Jahre hinaus entstehen kann. Wenn der Herr dies wirklich in der obigen Form gesagt und wirklich diese Proxis befolgt hat, dann schiene uns dies denn doch eine Bevorzugung des landwirthschaftstreibenden Theils der Bevölkerung zu sein, wie sie mit irgend welchen uns bekannten Gesetzen nicht zu begründen sein und wie sie in den Staat der „vollen Rechtsgleichheit“ recht schlecht hineinpassen würde.

Eine vernichtende Kritik an den Entwurf zur Abänderung der Gerichtsverfassung und der Strafprozessordnung übt der Professor der Rechte, Mitglied des Landgerichts zu Leipzig, Dr. Karl Binding in der „Nat.-Zeitung.“ In dieser Kritik sind von besonderem Interesse die allgemeinen Betrachtungen über die Rechtspflege. Professor Binding schreibt u. a. darin:

„Der Geist, der ihn durchweht, ist der Geist der Strafrechtspflege zur Zeit des sinkenden Inquisitionsprozesses, dessen zwei Grundrichtungen zu bezeichnen sind als die prozessuale Rücksichtslosigkeit gegen den Verdächtigten, der vor dem Urtheil schon zum Schuldigen gestempelt wird, und als die Gleichgültigkeit gegen die Gerechtigkeit des Strafurtheils: die Verurtheilung zu erzielen, ist an sich ein Triumph. Deshalb ist es nur einfache Folge der echt reaktionären Grundströmung, daß der Entwurf erfüllt ist von Feindschaft gegen die akkusatorische Form des Verfahrens, besonders gegen die unverschränkte Parteilichkeit des Angeklagten, und daß er bestrebt ist, soweit er vermag, unsern Prozeß dem verrotteten schriftlichen Inquisitionsverfahren anzunähern. Nur in Einem weicht die Tendenz des Entwurfs von der des alten Inquisitionsprozesses ab: im Tempo! Während der Inquisitionsprozeß sich endlos hinschleppet, huldigt der Entwurf einer überstürzten Abmache und Abschlächtere der Strafsachen, wie sie vernichtender kaum gedacht werden kann. Es ist eine traurige Folge des in allen Schichten des deutschen Volkes verbreiteten Kinder- und Uberglaubens an die Macht der Gesetzgebung, daß an erster Stelle dem Gesetz die Verantwortung für die Mängel der Rechtspflege zugeschoben wird. Dieser Irrthum kann aber die Thatsache nicht ändern, daß das Leben mächtiger ist, als das geschriebene Wort, und daß wie der Ton die Musik macht, so die Männer es sind, welche die Rechtspflege gestalten. Gewiß kann ein mangelhaftes Gesetz schaden und hemmen, aber in der weitaus größten Anzahl von Fällen trifft niemand als die Verwaltung die Schuld an den Mißständen der Rechtspflege. Setze sie tüchtige, wissenschaftlich gründlich durchgebildete Juristen in die Staatsanwaltschaften und die Gerichte, d. h. erschwere sie erste juristische Staatsexamen nach Gebühr, gönne sie den Behörden das rechte Maß der Befehle, überlasse sie die Beamten nicht bis zur Erschöpfung mit Arbeit, nehme sie ihr Obergangsrecht mit Energie wahr, und die meisten Mängel der Strafrechtspflege, zu deren Beseitigung jetzt die Hilfe der Gesetzgebung angerufen wird, sind ohne Federstrich verschwunden! Wenn in den letzten Jahren eine Reihe sensationeller Prozesse in Preußen wegen der Art ihrer Behandlung das peinlichste Aufsehen erregt haben, wenn Urtheile ergangen sind auf dem Gebiete der Beleidigung, der Majestätsbeleidigung, des Widerstandes, des groben Unfugs, die großes Befremden erzeugen mußten — liegt der Grund zu dem Allen in den Gesetzen, oder liegt derselbe nicht vielmehr allein in den Organen und der Art der Anwendung?

Will aber die Verwaltung nicht thun, was ihr obliegt, dann giebt es in Deutschland kein bequemeres und zugleich erfolgreicher Mittel, als mit einzustimmen in den Ruf: das Gesetz ist schlecht und muß geändert werden. Denn der Ruf findet Tausende von Gläubigen, nicht wenige auch leider in den Parlamenten, die ja bei uns auch einen Sitz gesetzgeberischer Unruhe ausmachen, und unter dem neuen Gesetze kann die Verwaltung ihre alte Weise ruhig beibehalten, bis diese wieder zu Mißständen führt, die angeblich wieder ein neues Gesetz nothwendig machen. Zu solchen Sündenbock-Gesetzen dürfte das Volk, zum Parlamente organisirt, nie beihelfen. Gerade zu solcher Hilfe wird aber der Reichstag durch den besprochenen Entwurf berufen. Nun giebt es Gesetz-Entwürfe, die vielleicht ihrer Ziele wegen verwerflich erscheinen, die sich aber auszeichnen durch eine große Herrschaft über die gesetzgeberischen Mittel, die technisch vortrefflich sind. Auch von diesem Vorzuge aber ist der Entwurf ganz frei. Er bohrt das Brett feis an, wo es am dünnsten ist. Fünfzehnjährige Erfahrung hat uns manche Mängel unseres Strafverfahrens erkennen lassen, die der Abhilfe durch Gesetzgebung bedürftig und fähig sind. Der neue Entwurf ignorirt nicht nur die meisten, sondern er verstärkt ihrer eine große Anzahl. Nirgends findet sich in den Motiven ein gründlicher Nachweis wirklicher Mängel, nirgends eine sorgsame Erwägung der Mittel

der Abhilfe. In den außerpreussischen Kreisen des Bundesraths hat — so viel verlautet — für diesen Entwurf geringe Begeisterung geherrscht: aber man ist dem „Verbündeten“ gefällig gewesen — bei ganz falschen Anlässen! So ruht unsere Hoffnung auf dem Reichstage. Sie ist leider keine ganz sichere, Gott sei Dank aber auch keine grundlose. Denn wenn der Entwurf auch auf einzelne Wünsche eintritt, die im Reichstage geäußert worden sind, so wird sich dieser hoffentlich doch darüber nicht täuschen lassen, daß auf solche Art seinen Wünschen auch nicht annähernde Befriedigung gewährt wird. Der Entwurf im Großen ist unverbesserlich — einige Kleinigkeiten, die an sich Billigung verdienen, sind zu unbedeutend um ihrerwegen das geltende Recht zu ändern. Das Richtige wäre Ablehnung des ganzen Entwurfs, mit Ausnahme der Entschädigung unschuldig Verurtheilter. Und durch solchen Beschluß würde sich der Reichstag ein großes Verdienst um die deutsche Rechtspflege erwerben, zugleich aber wirkungsvoll protestiren gegen die Vorlage so ungenügend vorbereiteter Gesetzentwürfe!

Die fetten Pfriinden der evangelischen Pastoren in Brandenburg. Der „Vorwärts“ bringt ein langes Verzeichniß über die Gehaltsentwürfe der evangelischen Pfarrer in der Provinz Brandenburg. Ueber 10 000 Mk. beziehen: in Berlin der Pfarrer von St. Petri (17 258 Mk.), der Archidiaconus (13 734) und der Diaconus (11 478) an dieser Kirche; ferner der Pfarrer von St. Nicolai (12 230). Auch eben so gut dotirte Landstellen giebt es. Egin (Nthavelland) mit 948 Pfarrkindern trägt 11 251 Mk. ein, Mariendorf 12 359 Mk., Bornsdorf 11 552 Mk., Sachsendorf 10 650 Mk. Diese Gehälter sind, nach der amtlichen Angabe, reines Pfriinden-Einkommen ohne Rücksicht auf Wohnungswert und persönliche Zulagen. Wie man sieht, verschlingen die „Knechte“ des Nazarens, der seinen Dienern befahl, kein Geld zu nehmen, ziemlich viel. Die Liebe „zum weltlichen Land“ scheint also doch größer zu sein, als die zum „Herrn und Meister“.

Der Gerichtsstand der Presse. Der sächsische Landtags-Abgeordnete Genosse Horn, sendet in seiner Eigenschaft als Redakteur des Fachorgans der Glasarbeiter dem „Vorwärts“ folgenden interessanten Beitrag zur Frage des Gerichtsstandes der Presse: „Das großherzoglich oldenburgische Landgericht hat entschieden, daß ich am 16. d. M. in Oldenburg von der dortigen Strafkammer abgeurtheilt werden soll, weil ich die Oldenburger Polizei in meinem Fachorgan „beleidigt“ habe, das heißt, weil dieses Blatt in Oldenburg verbreitet worden ist. Als Gegenstück hierzu führe ich an, daß ich z. B. wegen Beleidigung des Oldenburger Glashütten-Direktors in Dresden als dem Erscheinungsorte des „Fachgenossen“ abgeurtheilt werde. Und doch ist das Blatt auch in Oldenburg durch die Post verbreitet worden.“ Es liegt wirklich kein Bedürfniß für eine Umsturzvorlage vor, wenn man schon heute die Fertigstellung der Zeitungen in dieser Weise erschwert.

### Schweiz.

Arbeitslosenversicherung. Im Großen Stadtrath von Zürich wurde am Sonnabend über die Arbeitslosenversicherung verhandelt. Aus der langen und eingehenden Debatte ist zu entnehmen, daß weitaus die meisten Redner darin einig waren, es möge gleich etwas Vollgültiges, kein Stückwerk wie in Bern geschaffen werden. Darum sei das Obligatorium anzustreben, und dieses auf alle Arbeiter ohne Ausnahme auszuwenden. Das den Arbeitern innewohnende Solidaritätsgefühl werde bewirken, daß auch Diejenigen, welche keinen regelmäßig wiederkehrenden Arbeitsstockungen ausgesetzt sind, gern Beitrag leisten würden. Bei einer gleichmäßigen und allgemeinen Versicherung müsse eben der Starke den Schwachen mittragen. Eigenthümlich ist der Standpunkt des Stadtpräsidenten Pestalozzi, welcher die Bestimmung aufgenommen sehen wollte, wonach die Rädelsführer von Streiks von der Unterstützung ausgenommen werden sollen. Mit Recht wendeten sich gegen ein solches Vorgehen, das schließlich die ganze Sache in die Hände einzelner Polizeiorgane bringen würde, die sozialdemokratischen Mitglieder des Stadtrathes, Greulich und Lang; lieber wolle die Arbeiterschaft keinen Theil an der Beforgung der Unterstützungsarbeit, als daß sie mithelfen würde, die Männer, welche an der Spitze der Streikbewegung standen, auszuschließen. Die freiwillige Arbeitslosenversicherung lehnten die Sozialdemokraten von vornherein ab. Schließlich wurde mit großer Majorität der Beschluß gefaßt: 1) der Stadtrath wird beauftragt, eine Vorlage gegen Arbeitslosigkeit auf Grund der obligatorischen Versicherung aufzustellen; 2) für den Winter 1894/95 ist bei eintretendem Nothfalle die Unterstützung für Arbeitslose im Sinne des großstadtrathlichen Beschlusses vom 25. November 1893 zu organisiren.

### Franreich.

Das zweite Cabinet Dupuy, das gestürzt worden ist, war das zweiunddreißigste Ministerium der französischen Republik seit deren Gründung. Es trat sein Amt an am 30. Mai 1894; es hatte somit eine Lebensdauer von nicht ganz acht Monaten. Da auf vierundzwanzig Jahre Republik zweiunddreißig Regierungen kommen, so hat das Cabinet Dupuy das ihm zukommende Maß von Lebensdauer annähernd erreicht und es kann sich vor der Geschichte nicht beklagen.

Ein Skandal folgt dem andern. Der Untersuchungsrichter Doppfer, der die Untersuchung in dem großen Erpreßer-

Prozeß und in der Südbahnangelegenheit führt, ließ auch den Direktor Thevenet der Seetransportgesellschaft von Nizza deren Sitz sich in Paris befindet, und den Administrator dieser Gesellschaft, Bourdenay, unter der Anschuldbildung des Betruges verhaften. Thevenet ist Ritter der Ehrenlegion. Auch gegen den Direktor der Zeitschrift Voie Ferrée (Eisenbahn), Ferrer, der flüchtig ist, wurde ein Haftbefehl erlassen. Die im Redaktionslokal des genannten Blattes vorgefundenen Papiere wurden mit Beschlag belegt.

## Lübeck und Umgegend.

17. Januar.

**Welcher Partei gehört der Abgeordnete Dr. Görz an?**  
Der Reichstags-Abgeordnete für Lübeck war bis vor einiger Zeit noch Mitglied des Vereins der freisinnigen Volkspartei. Ob auch jetzt noch, entzieht sich unserer Kenntnis. Hierbei muß man in Betracht ziehen, daß Herr Dr. Görz seiner Zeit als Kandidat der freisinnigen Vereinigung aufgestellt war und in den Reichstag gewählt wurde, wo er sich dann auch der Fraktion Rickert angeschlossen hat. Und jetzt? Man höre und staune; Herr Dr. Görz stattet Bericht über die den Reichstag gegenwärtig beschäftigenden Gesetzesvorlagen im national-liberalen Reichsverein ab. Wir begreifen sehr wohl, daß es bei der Zerfahrenheit der bürgerlichen Parteien und bei dem reaktionären Zuge, der durch alle bürgerlichen Parteien, von den Konservativen bis zum Freisinn herab, geht, ganz „schnuppe“ ist, welcher bürgerlichen Partei ein Abgeordneter sich anschließt; ob es aber von besonderer Gesinnungstüchtigkeit zeigt, ist eine zweite Frage. Die Herren vom Freisinn erleben da mit ihrem ehemaligen Parteigänger ganz erbauliche Geschichten, und es ist daher leicht verständlich, wenn Herr Julius Heise von der „E.-Z.“ im „Hamburger Fremdenblatt“ einen recht elegischen Ton anschlägt. Na, uns kann es recht sein.

**Ueber die Gültigkeit der Wahl des Abg. Dr. Görz**  
wird nach der Meldung eines hiesigen Blattes heute in der Wahlprüfungskommission Beschluß gefaßt.

**Der Handel mit Menschen** wird in einem Inserat der „Eisenbahn-Zeitung“, welches wir nachstehend wiedergeben, recht drastisch illustriert. „Ländliche Diensthöfen. Mädchen für Haus- und Landwirtschaft, Melken und Meieren treffen täglich ein, führe keine sowie größere Aufträge jezt, rasch, meistentheils zu sofort aus. C. Stuhl, Lübeck, Braunstraße beim Bahnhof.“ Wie jede andere Waare werden Menschen von einem ihrer Nebenmenschen feilgeboten. Welch reiches Feld bietet sich hier den von Arbeiterfreundlichkeit übertriebenden Parteien zur Bearbeitung.

**Eintragung in das Handelsregister.** Am 15. Jan. 1895 ist eingetragen: auf Blatt 1509 bei der Firma Meno Diez, Andreas Rose Nachf.; Meno Moritz Gotthard Diez ist gestorben. Zeitiger Inhaber: Carl Gottfried Rudolf Schweighoffer, Kaufmann in Lübeck.

**Falsche Reichskassenscheine** zu 50 Mk. werden fortgesetzt angehalten. Die Reichsschuldenverwaltung sichert jetzt demjenigen, welcher einen Verfälscher oder wissentlichen Verbreiter solcher Falschstücke zuerst ermittelt und der Polizei- oder Gerichtsbehörde dergestalt nachweist, daß der Verbrecher zur Untersuchung und Strafe gezogen werden kann, eine Belohnung bis zu dreitausend Mark zu.

**Befristung der Rekursfrist.** Ein Rechtsanwalt, den der Arbeiter Nachmann mit seiner Vertretung vor dem Reichs-Versicherungsamt betraut hatte, versäumte es infolge der Verlegung seines Bureaus, innerhalb der gesetzlichen vierwöchentlichen Frist den Rekurs gegen eine schiedsgerichtliche Entscheidung zu erheben. Er beantragte beim Reichs-Versicherungsamt die Wiedereinsetzung in den vorigen Rechtsstand, wobei er geltend machte, daß Versäumnis, wie das vorliegende, nicht der vertretenden Partei zur Last gelegt werden könnten. Das Reichs-Versicherungsamt war aber der Meinung, daß der Rekurs dennoch wegen der Verpätung zurückzuweisen sei, weil die für die Fristversäumnis beigebrachten Gründe nicht die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand rechtfertigten. Die Zurückweisung des fraglichen Rekurses wurde am 5. Januar ausgesprochen.

**Schiffer-Prüfung.** Am 21. d. M. findet auf der hiesigen Navigationschule eine Prüfung von Schiffern und Steuerleuten statt.

**Die Verhandlungen des geschäftsführenden Ausschusses** über deutsch-nordischen Handels- und Industrie-Ausstellung mit der allgemeinen Lokal- und Straßenbahn-Gesellschaft haben insofern ihren Abschluß gefunden, als die Gesellschaft unter bestimmten, zwischen ihr und dem Ausschuss vorläufig vereinbarten Bedingungen sich bereit erklärt hat, für die Zeit vom 1. Juni d. J. bis zum Schluß der Ausstellung eine provisorische elektrische Straßenbahn zur Verbindung der Stadt mit der Ausstellung und zwar durch die Wahnstraße herzustellen, falls über einige Forderungen der Gesellschaft, betr. die anderweitigen von ihr projektirten Straßenbahnstrecken bis zum 15. März d. J. eine verfassungsmäßige Genehmigung durch Senat und Bürgerchaft vorliegen wird.

**Das Adressbuch für Lübeck und Travemünde** für das Jahr 1895 ist soeben im Verlage von Max Schmidt erschienen und zwar in verbessertem Maßstabe. Der Verlag ist bestrebt gewesen, die Brauchbarkeit des Buches dadurch zu erhöhen, daß die Rufnamen der einzelnen Adressen im Register gesperrt gedruckt sind. Man hofft

dadurch dem Nachschlagenden die Auffindung des Namens zu erleichtern. Auch sind die Namen größerer Firmen inseratenmäßig dem Register eingefügt. Im Sonstigen ist die Anordnung des Inhaltes die gleiche geblieben. Der erste Abschnitt enthält ein Verzeichnis der Behörden sowie der Teilnehmer an der Telephon-Einrichtung, der zweite das alphabetische Namen- und Firmenregister. Im dritten Theile sind die Bewohner nach der Reihenfolge der Straßen aufgeführt. Der vierte Abschnitt giebt ein Verzeichnis der Einwohner nach Gewerbe und Beschäftigung. Notizen allgemeinen Inhaltes enthält der fünfte Abschnitt. Nachdem noch ein Verzeichnis der Bewohner von Travemünde gegeben ist, folgen Geschäftsanzeigen sowie die Sprechstunden der hiesigen Ärzte.

**Für Freunde der Gesundheitspflege und Naturheilkunde.** Am Freitag den 18. Januar wird Herr Dr. med. Prager aus Peine im Auftrage des hiesigen Vereins für Gesundheitspflege und Naturheilkunde einen Vortrag halten. Der Vortrag findet im Saale des Bürgervereins statt und beginnt um 8 $\frac{1}{2}$  Uhr. Der Vortragende wird sich über das Thema, „was ist vom Diphtherieheißerum zu erwarten, und wie behandelt die Naturheilkunde Diphtheritis?“ auslassen.

**Stadttheater.** Die Erfolge, welche „Mamselle Nitouche“ und „Madame Sans-Gêne“ hier zu verzeichnen haben, veranlassen die Theaterleitung, dieselben vorläufig noch auf das Repertoire zu setzen. In Folge dessen geht Morgen wiederum „Mamselle Nitouche“ mit Fr. Wehl in der Titelrolle in Scene.

**Freiwillig in den Tod** gegangen ist gestern Abend die Tochter des Gemüsehändlers S. Die Unglückliche lief aus dem Hause ihres Vaters quer über die Straße direkt in die Trave. Es gelang zwar dem Vater, welcher ihr sofort nachsprang, sie dem nassen Element zu entreißen; er hatte aber nur die Leiche seiner Tochter geborgen. Das Motiv zur That ist bis jezt noch unbekannt.

**Uhr-diebstahl.** Einem Beamten in der Hanjstraße wurden kurz nach einander 2 silberne Damenuhren mit Kette, Fabrik-Nummer 26296 und 203253 gestohlen. — Aus einem Hause in der großen Petersgrube wurde eine goldene Damen-Memontoiruhr mit der Fabrik-Nummer 12036 mit einfacher schwarzer Kette gestohlen.

Ein dunkelblauer Winterüberzieher mit hellem Wollfutter und dem Monogramm W. C. wurde aus einem Hause im Schlüsselbuden gestohlen.

### Betrug oder Usance?

Für den gesammten Kleinhandel ist eine Anklagejache von Bedeutung, welche kürzlich vor einer Abtheilung des Berliner Schöffengerichts verhandelt wurde. Im Waarengeschäft kommt es öfter vor, daß Personen, die im Auftrage Anderer Einkäufe machen, sich von den Verkäufern Rechnungen über höhere Beträge, als sie wirklich bezahlt haben, ausstellen lassen. Die Geschäftsleute thun dies auf Wunsch häufig, da die betreffenden Personen gewöhnlich erklären, daß sie bei dem Geschäft „etwas verdienen müssen“, und die Verkäufer wissen ferner, daß, wenn sie diesem Verlangen nicht entsprechen, die betreffenden Personen schleunigst zu einem Concurrenten gehen, der ihren Wunsch erfüllt. Daß dieser Gebrauch ein nicht zu billiger Mißbrauch ist, hat das Gericht jezt deutlich ausgesprochen. Bei dem Kaufmann K. kaufte eines Tages der Portier eines Hauses einen Besen für den Preis von 1,75 Mk. Er forderte von dem Lehrling, der ihm den Besen verkaufte, eine Quittung über 2,10 Mk. und diese wurde ihm auch ausgestellt, nachdem der Principal seine Genehmigung dazu erteilt hatte. Aus diesem Vorgange entwickelte sich gegen den Lehrling und den Portier eine Anklage wegen Betruges; der Lehrling wurde freigesprochen, der Portier dagegen zu 1 Woche Gefängniß verurtheilt. Zu jener Verhandlung hatte der Principal ein Schreiben an das Gericht gesandt, in welchem er mittheilte, daß den Lehrling absolut keine Schuld treffe, daß er vielmehr die ganze Verantwortung auf sich nehme, da die fragliche Art der Quittung von ihm gebilligt worden sei. Auf Grund dieses Schreibens hatte sich nun Herr K. wegen Beihilfe zum Betruge vor dem Schöffengericht zu verantworten. Gegen den auf 2 Tage Gefängniß lautenden Strafantrag des Staatsanwalts machte der Verteidiger eine Reihe juristischer Gründe geltend, aus denen der Thatbestand der Beihilfe in diesem Falle nicht zu konstruieren sei. Er wies ferner darauf hin, daß der Angeklagte doch nicht habe wissen können, daß der Käufer des Besens die höhere Quittung zu einem Betruge habe ausnutzen wollen. Schließlich fehle dem Angeklagten auch der Dolus, da diese Art der Quittung im Geschäftsleben ungeheuer oft vorkomme. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen nicht an. Nach seiner Ansicht habe der Angeklagte die falsche Quittung mit dem Bewußtsein ausgestellt, daß sie zu betrügerischen Zwecken benutzt werden sollte. Wenn im Waarengeschäft eine solche Methode der Quittung usus sein sollte, so müsse den Kaufleuten zu Gemüthe geführt werden, daß es sich um einen mit einem ehrlichen Geschäft nicht zu vereinbarenden abusus handle. Der Angeklagte wurde wegen Beihilfe zum Betruge zu 20 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

**Schlutup.** Die in einer Räucherei beschäftigte Arbeiterin E. hat sich in der Trave erkrankt. Die Gründe zu diesem Schritte sind uns unbekannt.

**Neumünster.** Die Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht findet laut Bekanntmachung am Dienstag den 5. Februar statt. Zu wählen sind von der Klasse der Arbeitnehmer für den Bezirk Neumünster 4 Beisitzer und für den Bezirk Brachsenfeld 1 Beisitzer. Wahlberechtigt ist jeder Arbeiter, welcher das 25. Lebensjahr vollendet,

seit einem Jahre in dem Bezirk des Gewerbegerichts beschäftigt ist oder in demselben wohnt und keine Armenunterstützung empfangen oder dieselbe zurückerstattet hat. Die Wählerlisten liegen vom 12. bis einschließlich 25. Januar zur Einsicht im Magistratsbüro, Großflecken 63, aus. Dasselbst werden Anmeldungen zur Eintragung in die Wählerlisten Vormittags von 8 $\frac{1}{2}$  bis 12 $\frac{1}{2}$  Uhr und Nachmittags von 5 bis 7 Uhr entgegen genommen. Als Legitimation genügen Militärpapiere und Steuerzettel. — Arbeiter! Parteigenossen! Die Wahl ist eine geheime. Ungehindert kann jeder Wähler sein Wahlrecht ausüben, ohne nachtheilige Folgen befürchten zu müssen. Die große Bedeutung, welche die Wahlen der Beisitzer zum Gewerbegericht für die Arbeiterschaft haben, macht es einem jedem Arbeiter zur Pflicht, sich in die Wählerlisten aufnehmen zu lassen. Wir betonen ausdrücklich, daß nur Derjenige von seinem Wahlrecht Gebrauch machen kann, der sich in die Wählerliste hat aufnehmen lassen.

**Neumünster. Brutalität.** Wenn man bisher glaubte, die Prügelstrafe beim weiblichen Geschlecht käme nur in Afrika vor, so irrt man sich, denn dem Maschinenmeister F. Hermann bei Gerhold u. Thon fehlt, nach der „Schlesw.-Holst. Volksztg.“, nur die Mißferdpeitsche und auch wir hätten einen Leist in Neumünster. Besagter Herr ist erst vor einiger Zeit vom Schiedsgericht mit 3 Mk. bestraft worden, weil er sich thätlich an ein dort arbeitendes Mädchen vergangen hatte, und jezt berichtet man uns schon wieder, daß derselbe ein Mädchen geohrfeigt hat und als ihm dieses darauf hinwies, es könne ihm teuer zu stehen kommen, einfach sagte, es kostet ja nur 3 Mk. Auch sonst werden die Arbeiterinnen nicht gerade anständig von diesem Menschen behandelt, denn sie bekommen Titel an den Hals geworfen, die uns der Anstand verbietet, hier wieder zu geben. Am Freitag Morgen wurde wiederum ein Mädchen mit einer Ohrfeige in Empfang genommen, so daß es zur Erde fiel. Aber nicht genug daran, als das Mädchen sich erhoben hatte, wurde es auch noch tüchtig durchgeschüttelt. Es wäre an der Zeit, daß diesem Menschen einmal gründlich das Handwerk gelegt würde. Uebrigens geht es auch den Lehrlingen in dieser Fabrik. Die Lohnverhältnisse sind auch nicht gerade rosig zu nennen, denn 7—8 Mark die Woche ist gewiß wenig beneidenswerth. Als die Leute am letzten Tage im alten Jahre bis 4 Uhr 15 Minuten Nachmittags arbeiteten, wurde ihnen ein viertel Tag abgezogen. Uebrigens geht es, wenn jemand um 8 Uhr Morgens zur Arbeit kommt. Da nun die Arbeit eine 11-stündige ist, so dürfte die Rechnung, für 2 Stunden ein viertel Tag Lohnkürzung nicht ganz stimmen. Wenn man der 7—8 Mk. Lohn die Woche gedenkt und dazu noch Ohrfeigen gratis, so könnte man fast ausrufen: „Hier ist gut sein, hier laßt uns Hütten bauen!“

**Neumünster. Unglücksfall.** Am Donnerstag Abend wurde eine Frau im Haart von dem Schlitten eines gewissen Meckelnburg überfahren. Die Frau wurde, nachdem sie von den Pferden umgerannt, noch eine Strecke vor dem Schlitten hergeschleift. Glücklicherweise ist dieselbe nicht gefährlich verletzt. Entschieden zu verurtheilen aber ist das Verhalten des betreffenden Herren; denn derselbe soll noch geschimpft haben, anstatt Hilfe zu leisten oder sich um die Frau weiter zu kümmern.

**Hensburg.** Nach bürgerlichen Blättern hat der hiesige Arbeiterverein in Voraussicht einer Annahme der Umsturzvorlage beschlossen, sein sämmtliches Inventar zum Selbstkostenpreise an einen Genossen zu verkaufen, um sich dadurch gegen eine etwaige behördliche Einziehung der Gegenstände zu sichern. — Diese Maßnahme unseres Brudervereins kann unsere Billigung durchaus nicht finden. So leicht darf man nicht die Flinte ins Korn werfen. Kommt Zeit, kommt Rath.

**Neubek.** Wir berichteten vor Kurzem von einem hier stattgefundenen gemeinsamen Selbstmord zweier bei einem hier wohnenden Kaufmann bedienstet gewesenen Mädchen und fügten der Notiz hinzu, daß die That in Folge verletzten Ehrgefühls vollführt worden sei. Jezt liegt der Brief eines der beiden Mädchen vor, den dasselbe am Abend vor seinem Ende an seinen Geliebten geschrieben hat. Derselbe lautete: „Lieber Ludwig! Ich hätte Dich heute Abend gern noch zum letzten Male gesprochen, um Dir mein Anliegen mündlich zu sagen, aber es war mir durchaus nicht möglich. Du weißt hoffentlich schon von Allem Bescheid, daß ich sollte 50 Mark gestohlen haben. Der Polizeibeamte sagte zu mir heute: „Sie haben die 50 Mark gestohlen und Diebe haben Alles fein.“ Nun sollte ich morgen früh gleich sagen, daß ich es gethan habe, oder sonst werde ich sofort verhaftet. Diese Worte habe ich mir so zu Herzen genommen, daß ich mich entschlossen habe, meinem Leben ein Ende zu machen. Ich hätte sonst wohl keine Veranlassung dazu, aber die Schande ist mir doch zu groß. Wenn auch noch mal die Wahrheit an das Licht kommt, hoffentlich wirst Du es noch erleben, daß ich unschuldig bin. Marie.“

**Altona.** Hölliches Pech hatten am Sonntag die Mitglieder eines Sängerknubs, welche sich bei einem hiesigen Photographen porträtiren lassen wollten. Da der Photograph mit dem Bilde besondere Ehre einlegen wollte, so verwandte er auch auf die Gruppierung ganz besondere Sorgfalt. Erst dann hielt er die Gruppe für gut, als ein zu der Gesellschaft gehörendes kleines Kerlchen auf eine Riste geklettert war, die soeben aus einem Nebenraum herbeigeht worden war und in der sich ein großes Quantum Asche und Sott befand. Nochmals die Aufstellung mustern, mahnte der Photograph: „Jezt aufgepaßt! nur einen Augenblick ruhig,“ und öffnete das

Objektiv. — „Bums!“ ertönte es mit einem Male in der Gruppe; eine große Verwirrung entstand, das ganze Atelier war in eine furchtbare Staubwolke gehüllt und der Kleine lag in der Sottikiste. Nach einigen Sekunden etwas wieder zur Besinnung gekommen, meinte der Photograph: „Meine Herren, das war Pech!“ „Nein,“ thönte es ihm im Chor entgegen, „das war Sott!“ — Daß unter solchen Umständen vom Photographieren der durch Wsche und Sott bestäubten Leute Abstand genommen werden mußte, kann man sich denken.

**Altona. Militärischer Boykott.** Den Soldaten der hiesigen Garnison ist verboten worden, fernerhin das Lokal „Englischer Garten“ hieselbst zu besuchen. Das Verbot dürfte darauf zurückzuführen sein, daß unsere so großartige und ordnungsmäßig verlaufene Protestversammlung gegen die Umsturzvorlage in dem Lokal stattgefunden hat, und letzteres jedenfalls nach Meinung der Militärbehörde vom sozialdemokratischen Geiste infiziert worden ist. Wenn die Sozialdemokratie über irgend ein Lokal die Sperre verhängt und zwar aus gewichtigen Gründen, so werden unsere Gegner nicht müde, fortgesetzt von „unerhörter Drangsalierung“ und ähnlichen Dingen zu reden. Ob sie jetzt bei der Maßregel des militärischen Boykotts gegenüber dem „Englischen Garten“, der sich durch nichts rechtfertigen läßt, auch dasselbe thun werden?

**Rostock. Einstellung des Verfahrens.** In einer Beleidigungsklage hatte der Redakteur der „Meckl. Volkszeitung“ das eigenartige Benehmen eines als Zeugen vorgehenden Unteroffiziers scharf kritisiert. Die vorgelegte Freipredigung. Darauf legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein, und nach längerer Verhandlung erkannte die Strafkammer zu Rostock auf Einstellung des Verfahrens, weil die vorgelegte Behörde des Zeugen zur Stellung des Strafantrages überall kein Recht hatte, da er nicht in seiner Eigenschaft als Beamter, sondern als Zeuge angegriffen worden war. Er hätte selbst den Antrag stellen müssen.

### Neueste Nachrichten.

**Die Herrschaft der 203 Tage.** Casimir Perier hat abgedankt. Die Trauben des französischen Präsidentenstuhles schmecken ihm zu sauer. Gerade 203 Tage hat Perier das Amt eines Präsidenten bekleidet. Die Note der „Agence Havas“, welche die Demission Casimir Periers begründet, besagt: In der gestrigen (Montag) Sitzung der Kammer haben in den Augen des Präsidenten Casimir Perier sekundäre Zwischenfälle einen Kampf gegen das parlamentarische Regime und die öffentliche Freiheit eingeleitet. Perier habe gehofft, die von Aktionsmitteln entblößte Präsidentschaft werde von dem Parteikampf unberührt bleiben und politisches Vertrauen

aller Republikaner werde ihm Kraft und Autorität geben. Er habe gehofft, diejenigen, die ihn gegen seinen Willen zur Präsidentschaft erhoben, würden ihn verteidigen. Perier bittet das Ministerium, provisorisch seine Demission zurückzunehmen, um die Uebertragung der Staatsgewalt zu sichern. — Die Nachricht von der Demission Casimir Periers rief natürlich eine ungeheure Aufregung in allen politischen Kreisen hervor. Die Begründung, welche die „Agence Havas“ veröffentlichte, wird als verkehrt für die Kammer angesehen. Das Ministerium nahm vorläufig seine Demission zurück. Der Kongreß zur Wahl eines neuen Präsidenten ist für heute, Donnerstag, zusammenberufen. Die Gemäßigten bekräftigen die Wiederwahl Casimir Periers oder die Wahl des Generals Saussier, die Radikalen diejenige Brisson's. Auch zurückzuführen noch als Kandidaten: Challemel-Lacour und Waldeck Rouffean. Gerade die Chancen der letzten beiden sollen günstig stehen; doch trauen wir dem Frieden nicht recht. Uns dünkt vielmehr, als wollte Perier nur das verlorene Vertrauen wiedergewinnen. Wir schließen uns der „Lanterne“ in dieser Hinsicht an, welche schreibt: „Die Demission sei nicht das Ende, sondern der Anfang eines Staatsstreiches gegen die Unabhängigkeit der Kammer und das allgemeine Stimmrecht, denn Perier wolle nur seine Wiederwahl.“ Casimir Perier hat, abgesehen davon, begriffen, daß er nicht auf den Platz gehört, den er einnimmt, daß er, der Vertrauensmann der Feinde der Republik, nicht der Vertreter der Republik sein kann. Sein Rücktritt ist ein Akt der Ehrlichkeit und verdient Anerkennung, wenn auch die Gründe, die er für den Rücktritt öffentlich angiebt, unrichtig sind. Nicht das parlamentarische System ist von den Sozialisten und Radikalen angegriffen worden, sondern dessen Mißbrauch durch Bevorchtete, die ihre Vorrechte auf Kosten des Volkes aufrecht erhalten und erweitern wollen. Und jeder künftige Präsident der Republik, der es versuchen wird, sich mit jenen Bestrebungen solidarisch zu machen, wird ebenfalls unpopulär sein, ebenfalls angegriffen werden, ebenfalls dem Druck der öffentlichen Meinung weichen müssen. Das muß der Kongreß beider Kammern, der heute ein neues Staatsoberhaupt zu wählen hat, ernstlich beherzigen. Die Ära der Täuschungen ist vorüber. Das Volk hat die Worte satt; es will Thaten sehen, es will Reformen; und die erste Reform, die es will, ist die der Verfassung selbst, der heimtückischen, perfiden Verfassung, die den Senat zum Vereiler aller Reformen eingesetzt hat. Wenn der Kongreß das Veto des Senats fortbestehen läßt, so wird keine Persönlichkeit, und wäre sie ein Engel, eine gewalttätige Umwälzung in Frankreich verhindern können. Unsere Genossen haben die provisorische Freilassung Gerault-Richard's und Urtaub für Mirman, sowie die Zurücknahme der Ausweisung von Saurès

und Carnaud verlangt, damit dieselben heute im Kongreß mitstimmen können. Die sozialistische Gruppe der Kammer hat auch sofort ein Manifest gegen Casimir Perier, Dupuy und die kapitalistische Gesellschaft veröffentlicht, worin es heißt, Casimir Perier sei gerichtet durch die Korruption des eigenen Regiments und die niedrigen Intrigen des Ministerpräsidenten; der Zusammenbruch des Kapitalismus und der Reaktion kündige sich damit an.

**Pulverexplosion in Montana.** Ein Wolff'sches Telegramm aus New-York berichtet wie folgt über eine Reihe furchtbarer Pulverexplosionen im nordamerikanischen Staate Montana: „Dienstag Abend brach in Butte auf dem Lagerraum der Montana-Central-Eisenbahn, wo mehrere Wagen mit Schießpulver standen, Feuer aus. Während die Löscharbeiten im Zuge waren, erfolgte eine Explosion, durch welche eine Anzahl Feuerwehrleute getödtet wurden. Bald darauf fand eine zweite, noch heftigere Explosion statt. Die in der Nähe stehenden Zuschauer wurden förmlich niedergemäht und die Trümmer eine halbe (englische) Meile weit fortgeschleudert (!), wodurch Leute im Mittelpunkt der Stadt verletzt wurden. Als die Feuerwehrleute und Zuschauer sich zu flüchten suchten, erfolgte eine dritte Explosion in Folge der Entzündung des Sprengpulvers im anstossenden Lagerhaue. Die Denation glich einem Erdbeben. Sämtliche Feuerwehrleute, mit Ausnahme von zweien, und mehrere andere Personen wurden getödtet, eine Anzahl anderer verletzt, auch viele Leute von der Hospital-Mannschaft, welche bei der ersten Explosion Hilfe leisteten, getödtet oder verletzt. An 60 verstümmelte Leichen wurden hinterher aufgefunden. Soweit festgestellt wurde, sind 75 Personen sofort todt geblieben, an 100 verletzt worden. Der Materialschaden übersteigt eine Million Dollars.“

### Sternschanz-Bichmarkt.

Hamburg, 16. Januar.  
Der Schweinehandel verlief langsam.  
Zugeführt wurden 1080 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Versandtschweine schwere 48—50 Mk., leichte 47—49 Mk., Sauen 40—45 Mk. und Ferkel 47—49 Mk. pr. 100 Pfd.

### Angelkommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelkommen:  
Mittwoch, den 16. Januar.  
11,16 U. B. D. Orion, Larsson, von Kopenhagen in 18 Std.  
12,20 U. R. D. Falke, Ehler, von Fehmarn in 4 Std.  
Donnerstag, den 17. Januar.  
9,15 U. B. D. Lübeck, Hultman, von Kopenhagen in 12 Std.  
9,15 U. B. D. Burg, Johannsen, von Lüdigberg in 45 Std.  
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,12 W., sehr schwach.  
Schiffsbewegung in der Däje.  
D. Hanja ist am 15. Januar in Libau angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.


Wir eruchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksboten“ inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Gestern Abend starb plötzlich und unerwartet meine innigst geliebte Frau und unsere liebe Tochter  
**Martha geb. Sühr.**  
Tief betrauert von  
den Hinterbliebenen.

In der  
**Exp. d. Lübecker Volksboten**  
Grosse Altesfähre 35/37  
ist zu haben:

- Siegel. Die Naturheilkunde. 1,50 Mk.
  - Fritz Kunert. Die heilige Fehme des Militarismus. 25 Pf.
  - Aus dem Klaskamp. Sociale Gedichte. 1 Mk., gebunden 1,50.
  - W. Liebknecht. Wissen ist Macht, Macht ist Wissen. 30 Pf.
  - Gekrönte Hapter, à Heft 20 Pf. (Jedes Heft ist für sich abgeschlossen).
  - Demokritos, oder hinterlassene Papiere eines lachenden Philosophen, 12 Bände, billig.
  - Die Geschichte des Socialismus in Einzeldarstellung. Redigirt von E. Bernstein und K. Kautzky. Complet in 4 Theilen, jeder Theil ca. 20 Hefte, à 20 Pf.
  - R. Bommeli. „Die Pflanzenwelt“, complet in 20 Heften, à 20 Pf.
  - R. Bommeli. „Die Thierwelt“, complet in 28 Heften, à 20 Pf.
  - „Die Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens, wöchentlich 1 Heft, à 20 Pf.
  - Lassalle's Reden und Schriften, complet in 50 Heften, à 20 Pf., complet gebunden in 3 Bänden, halbfranz, 14 Mk. 50 Pf., complet gebunden in 3 Bänden, leinen, 11 Mk. 50 Pf.
  - Liebknecht's Fremdwörterbuch, 7. Auflage, alle 14 Tage 1 Heft, à 20 Pf. (Im Erscheinen begriffen).
  - A. Bebel. Die Frau und der Socialismus, geb. 2 Mk. 50 Pf.
- Zu obenbenannten Werken werden elegante Einbanddecken geliefert und das Einbinden auf's Billigste besorgt.

Der Ausstoß unseres  
**Rockbieres**  
hat begonnen.  
**Action-Bierbrauerei Lübeck.**



Beste frische Butter, Pfd. 105 und 110 Pf., frische Eier, 9 Stück 60 Pf., 19 Stk. 120 Pf., geräucherte Landmettwurst, Pfd. 100 Pf., dicken fetten Speck, Pfd. 70 Pf., Griebenschmalz, sehr schön schmeckend, Pfd. 60 Pf., große Partzie sehr gute Pflaumen, Pfd. 10 Pf.  
empfeht  
**J. F. D. Götke,**  
Kupfer Schmiedestraße 7.

Mit Bezug auf die vom 9. Januar 1895 enthaltene Anzeige, daß Frau Wwe. Horstmann in Lübeck nicht meine Schülerin war und daher von meiner Methode keine Kenntniß hat, erkläre ich hiermit, daß diese Anzeige auf einem Irrthum meinerseits beruht, Frau Wwe. Horstmann in Lübeck vielmehr einen Lehrkursus in der Behandlung von Beinwunden und Hautkrankheiten mit Erfolg bei mir beendete hat und ich dieselbe gewissenshaft empfehlen kann.  
**Frau J. Dentzau, Altona.**

**Frau Hansen, Hebamme**  
wohnt jetzt  
**Vindenstraße 35, Parterre.**  
Zu vermieten eine kleine Wohnung zu jogleich oder später an ein oder zwei Personen. Näheres in der Expedition dieses Blattes.  
Ein gebrauchtes Sopha billig zu verkaufen. Hügelstraße 90, 1. Stg. im Flügel.

**Deffentl. Versammlung**  
für sämtliche in der Nahrung- u. Genussmittel-Industrie beschäftigten Personen  
als: Bäcker, Brauer, Müller, Schlachter und Tabakarbeiter  
am Sonntag den 20. Januar, Nachmittags 4 Uhr, in Blohm's Gasthaus, Hundestraße 41.  
Tages-Ordnung:  
1. Die politische Lage und die Gewerkschaften. Referent: Herr Otto Friedrich.  
2. Verschiedenes.  
Einem zahlreichen Erscheinen sieht entgegen  
Der Einberufer.

**Gesang-Verein „Eintracht“**  
**Sozialer Abend**  
verbunden mit  
**Concert, Gesang und Vorträgen**  
am Sonntag den 20. Januar 1895 im Lokale des Herrn Frahm, Concordia-Garten.  
Anfang 5 Uhr.  
Mitgliedskarten sind vorzuzeigen. Schulpflichtige Kinder haben keinen Zutritt. Das Fest-Comitee.

**Quartett-Verein „Amicitia.“**  
Die sozialen Mitglieder werden zu dem am Sonntag den 19. Januar 1895 in Haushaus Concerthaus stattfindenden  
**Sänger-Commers**  
freundlichst eingeladen.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Der Vorstand.

**Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde**  
(arzneilose Heilweise).  
**Vortrag**  
des Herrn Dr. med. Prager aus Peine  
am Freitag, den 18. Januar Abends 8 1/2 Uhr  
im Saale des Bürgervereins, Königstraße 25.  
**Thema:**  
**Was ist vom Diphtherieheilserum zu halten, und wie behandelt die Naturheilkunde Diphtheritis?**  
Eintrittskarten sind im Vorverkauf in der Carstens'schen Buchhandlung (G. Weiland), Königstr. 72, und an der Abendkasse zu 30 Pf. zu haben.  
Die Mitgliedskarte berechtigt zum freien Eintritt.

**Stadttheater in Lübeck.**  
Freitag den 18. Januar:  
68. Abonnements-Vorstellung. 2. Serie: Gelb.  
Freitag-Abonnement Nr. 11.  
Anfang 7 Uhr. Schauspielpreise.  
**Mamselle Nitouche.**  
Sonnabend den 19. Januar:  
70. Abonnements-Vorstellung. 4. Serie: Blau.  
(Die 69. findet Montag statt.)  
Anfang 7 Uhr. Opernpreise.  
**S. Gastspiel**  
von Fräul. Hermine Reichenbach.  
**Madame Sans-Gêne.**

## Weltuntergangs schwindel.

Ueber den in fünf Jahren bevorstehenden Weltuntergang kann man seit einiger Zeit in den Blättern mancherlei Ausführungen lesen, und zwar als Wiedergabe des Inhalts eines Vortrages von Rudolf Falb über dieses Ereigniß. Nachdem einige Umstände erwähnt worden, die den Untergang der Erde herbeiführen könnten, so z. B. der Herabsturz unseres Mondes, wobei aber bemerkt wird, daß diese Gefahr nicht gerade als drohend zu bezeichnen sei, wird schließlich auf einen Kometen von 1866 verwiesen, der 1899 wiederkehrt und am 13. November jenes Jahres nach Falbs „Berechnung“ mit der Erde zusammenstoßen werde. Dieser Zeitpunkt des Weltuntergangs könne sich höchstens um einen bis zwei Tage verschieben. Sollte aber der Weltuntergang nicht erfolgen, so werde man einen Sternschnuppenfall von nie gesehener Großartigkeit erleben, die Meteore würden wie Schneeflocken vom Himmel fallen, und zwar in der Zeit zwischen dem 13. bis 15. November 1899 Morgens von 2 bis 5 Uhr. Es ist allerdings ein ziemlich großer Abstand zwischen dem Weltuntergang und einem großartigen Sternschnuppenfall; denn bei dem ersteren Vorgange kommt kein Zuschauer mit heiler Haut davon, während ein Sternschnuppenfall, sei er noch so großartig, ein ebenso interessantes wie harmloses Schauspiel gewährt. Indessen dürfte es sich doch lohnen, kurz auszuführen, wieviel an der ganzen Sache wissenschaftlich Sicheres ist, und wo die Aufbauschung zu dem Zwecke, „interessant“ zu werden, beginnt. Es kann nicht fraglich sein, daß das Zusammentreffen der Erde mit einem Kometen möglich ist, ja, wenn unser Planet, wie nicht zu bezweifeln, ein Alter von diesen Millionen Jahren besitzt, so hat er Zusammenstöße mit Kometen gewiß schon erlebt. Solches kann auch in der Zukunft geschehen, aber Niemand ist im Stande, vorauszu sehen, wann ein derartiges Ereigniß eintritt, da Niemand einen Kometen kennt, der mit der Erde zusammenstoßen müßte. Dem entgegen wird in den Blättern behauptet, Herr Falb habe berechnet, daß ein 1866 erscheinender Komet am 13. November 1899 die Erde treffen und den Weltuntergang herbeiführen werde. Was es mit dieser Berechnung auf sich hat, wird sich sogleich ergeben.

Der in Rede stehende Komet wurde von Tempel im Jahre 1866 entdeckt, aber, wie man später fand, ist er schon im Oktober 1366 von den Chinesen beobachtet worden. Seine Bahn um die Sonne hat sehr große Ähnlichkeit mit derjenigen des Sternschnuppensturms, dessen Meteore aus dem Sternbilde des Löwen kommen. Man hat daher mit einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit angenommen, daß jener Komet und dieser Sternschnuppensturm in einer und derselben Bahn um die Sonne laufen. Was den Meteorsturm anbelangt, so zeigte er sich in den Morgenstunden des 12. November 1799 als ungeheurer Sternschnuppenregen in Amerika. Humboldt beobachtete ihn zu Cumana in Südamerika und war überrascht von der Fülle der Erscheinung. Unzählige Meteore, manche dem scheinbaren Mond durchmesser an Größe gleich, durchfurchten in schweigender Majestät die Atmosphäre. Alte Leute, mit denen Humboldt über die Erscheinung sprach, behaupteten damals, im Jahre 1766 habe sich in Cumana ein ganz

ähnlicher Sternschnuppenfall gezeigt. Indessen wurde diese Aussage, wie natürlich, nicht sonderlich beachtet bis 1833 in der Nacht zum 13. November sich wiederum ein großartiger Meteorregen einstellte. Man sah den Sternschnuppenfall in ganz Nordamerika, und geübte Beobachter schätzten die Zahl der an einem einzigen Orte sichtbar gewordenen Meteore auf 200,000, worunter viele dem Vollmonde an scheinbarer Größe gleichkamen. Der Nordamerikaner Olmsted sammelte die gemachten Wahrnehmungen und kam durch eine sehr scharfsinnige Untersuchung zu dem Schlusse, daß die Meteore von außen in unsere Luftkugel eingedrungen sein müßten, weil sie sämtlich aus einem Punkte im Sternbilde des Löwen kamen, der unabhängig von der Umdrehung der Erde war. Man hat deshalb diesen Meteoriten den Namen Leoniden gegeben. Olmsted schloß weiter, es handle sich bei der Erscheinung um eine kosmische Wolke, oder genauer bestimmt, um einen periodisch wiederkehrenden Kometen. Nachforschungen in alten Berichten ergaben, daß auch in früheren Jahrhunderten in der Zeit vom letzten Drittel des Oktober bis Mitte November wiederholt große Sternschnuppenfälle stattgefunden hatten, so besonders am 31. Oktober 1366 (nach altem Stil), ja, bis zum Jahre 902 konnte die Erscheinung nachgewiesen werden. Der Professor Newton in Nordamerika unternahm nun eine genaue Berechnung und wies nach, daß die Haupterscheinungen dieses Meteorsturms nach Ablauf von je  $33\frac{1}{4}$  Jahren wiederkehren, daß jedoch auch einige Jahre vor- und nachher um den 13. November die Zahl der Sternschnuppen größer als gewöhnlich ist. Mit großer Gewißheit sagte er auf Grund seiner Untersuchungen für die Nacht zum 14. November 1866 die Wiederkehr eines glänzenden Sternschnuppensturms voraus. Selten ist ein astronomisches Ereigniß mit größerer Aufmerksamkeit allseitig erwartet worden. Die Vorausberechnung fand ihre vollste Bestätigung. Tausende von Meteoriten durchfurchten während mehrerer Stunden die Atmosphäre, sie kamen alle aus dem Sternbilde des Löwen, und die höchste Entfaltung der Erscheinung zeigte sich kurz nach 2 Uhr Morgens mittlere Berliner Zeit. Obgleich diese Sternschnuppen zeitweise so dicht wie Schneeflocken in der Atmosphäre auftraten, so würde man jedoch sehr irren, wenn man annehmen wollte, daß die einzelnen Meteore einander sehr nahe gewesen wären. Es ist vielmehr für eine richtige Auffassung der Erscheinung sehr wichtig, zu wissen, daß im Raume selbst die damals aufleuchtenden Sternschnuppen sehr dünn vertheilt waren. Aus den von der Berliner Sternwarte damals organisirten Beobachtungen ergibt sich durch Rechnung, daß selbst zur Zeit der größten Häufigkeit, gegen 2 Uhr Nachts, doch durchschnittlich nur 55 Meteore in einem Raume von 168,000 Kubikmeter enthalten waren. Kurz nach diesem großartigen Sternschnuppensturme zeigte Leverier in Paris, daß der Schwarm der Leoniden aus dem Weltraum in unser Planetensystem eingedrungen sei und eine Umlaufszeit um die Sonne von  $33\frac{1}{4}$  Jahren besitzen müsse; auch könne der Vorgang, durch welchen jener Schwarm in seine jetzige Bahn demworfen worden, zeitlich nicht sehr hinter der Gegenwart liegen, weil die einzelnen Meteore noch immer zu einer Wolke vereinigt seien, während sie nothwendig mit der Zeit sich über den ganzen Umfang der Bahn ausbreiten müssen. Im Jahre 1867 fanden endlich mehrere Astronomen fast gleichzeitig, daß die

Bahn dieses Meteorsturms die größte Ähnlichkeit mit der Bahn des von Tempel 1866 entdeckten Kometen besitzt. Aus den Untersuchungen ergab sich indessen mit Bestimmtheit, daß nicht etwa der Meteorsturm mit dem Kometen identisch ist, obgleich beide in der gemeinsamen Bahn nicht weit von einander entfernt sind. Merkwürdig ist auch, daß der große Sternschnuppenfall des Jahres 1366 dem Kometen etwa zwei Wochen vorausging, während 1866 der Schwarm acht Monate dem Kometen folgte. Vielleicht sind, wie Professor Newton glaubt, außer dem Hauptsturm noch einige kleinere Schwärme an seiner Bahn vorhanden, wenigstens deuten darauf die Sternschnuppenfälle um den 10. November 1787 und um den 13. November 1818 sowie um den 8. November 1813, den 12. November 1846 bis 1849 und andere. Auch ist es möglich, daß diese letzteren Schwärme etwas kürzere Umlaufzeit haben als der Hauptsturm. Jedenfalls ist die Rückkehr des Kometen und des Sternschnuppensturms für das Jahr 1899 zu erwarten, wobei die Zahl der Meteore des 12. bis 14. November auch schon ein paar Jahre früher größer als gewöhnlich sein dürfte. Das sind die Schlüsse, die sich aus der überschläglichen Betrachtung der Bahnverhältnisse des Meteorsturms und seinen Erscheinungen 1833 und 1866 sogleich ergeben. Von einer Berechnung ist dabei keine Rede, doch wäre eine solche in strengem Sinne gerade bezüglich der 1899 zu erwartenden Erscheinung sehr nothwendig; denn die Bahn des Kometen und des Meteorsturms hat in der Zeit von 1866 bis 1899 ziemlich beträchtliche Veränderungen erlitten. Beide Weltkörper kamen nämlich im Jahre 1890 dem Planeten Uranus ziemlich nahe, so daß dieser auf ihre Bahnablenkung einwirkte, in den darauf folgenden Jahren erfolgte sodann eine beträchtliche Annäherung an den Saturn und den Jupiter, von denen besonders der letztere Planet starke Störungen hervorgerufen haben muß, die in einer gewissen Veränderung der Bahnform zum Ausdruck kommen. Es könnte daher gar wohl der Fall sein, daß der Hauptsturm der Meteore 1899 der Erde nicht so nahe kommt, wie während der verfloffenen hundert Jahre. Der Sternschnuppenregen würde damit entsprechend weniger großartig sein, als früher. Um hierüber ein genaues Urtheil abzugeben, bedarf es indessen scharfer Berechnungen der Veränderungen, welche die Bahnelemente des Sturms durch die Störungen der genannten Planeten erlitten, aber solche Rechnungen sind bis jetzt von Niemand veröffentlicht worden, ebenso hat Jemand nachgewiesen, daß er sie ausgeführt habe. Sonach ist es völlig grundlos, von einer Berechnung des Weltuntergangs oder auch nur von einer Berechnung der besonderen Erscheinung des Sternschnuppensturms um den 13. November 1899 zu sprechen. (R. J.)

## Soziales und Partei-Leben.

Ein großer Streit, der unter Umständen von bedeutenden Folgen für diese Industrie begleitet sein kann, droht zwischen den Federmesserherren und den Fabrikanten in Solingen auszubrechen. Die Arbeiter haben das seit Jahren bestehende Preisverzeichnis den Unternehmern gekündigt, weil sie bei den gedrückten Löhnen nicht mehr bestehen können. Die Fabrikanten erklären, durch hohe Konventionalstrafen gebunden zu

## Treu wie Gold.

Novelle von Brutus.

(20. Fortsetzung)

(Nachdruck verboten)

Wieder ruhten des Vaters Augen mit Stolz auf seinem edlen Kinde. Aber ein schmerzlicher Zug mischte sich darein.

„Du weißt, wie hoch ich Paul von jeher geschätzt habe. — Wir sind beide getäuscht, Anita, er ist ein Unwürdiger.“

Sie schüttelte energisch das Köpfchen.

„Besitzt Du so wenig Stolz, meine Tochter, Dein Herz an einen Unwürdigen zu hängen? Er konnte Dein vertrauensvolles Herz umgarnen mit dem Scheine eines edlen Charakters — aber nachdem er sich jetzt im rechten Lichte gezeigt hat, muß es vorbei sein mit Euch, vorbei für immer. Zwischen Dir und ihm ist jede Brücke abgebrochen.“

„Es ist nicht vorbei, Vater. Ehe ich nicht die bestimmte Gewißheit habe, daß Paul —“

„Es ist vorbei, sage ich.“

Die beiden Augenpaare — o, wie gleich erschienen sie in diesem Momente — maßen sich eine Weile hindurch. Dieselbe Energie leuchtete aus beiden, dasselbe zähe Festhalten an dem einmal Gewollten.

„Und ich wünsche und verlange, daß Du jeden Gedanken an diesen Deiner Unwürdigen aus Deinem Herzen reiße.“

„Paul ist kein Unwürdiger, Vater, glaube es mir, er ist einer solchen nicht fähig.“

„Nicht fähig?“

Es lag eine unbeschreibliche Bitterkeit in diesen Worten.

„Wenn ich nur reden wollte, Du thörichtes Mädchen. Aber über meine Lippen soll es nicht kommen — nimmermehr. Ich will ihm mein Versprechen halten, wenn er auch das seine gebrochen.“

„Du würdest mir nichts Neues sagen können, Vater, ich kenne Pauls Geheimniß.“

„Du weißt, daß er —“ Er stockte.

„Ich weiß, daß Paul vor vielen Jahren eine schwache Stunde gehabt und sich an fremdem Eigenthum vergrißen hat. Paul selbst hat mir seine Vergangenheit offengegeben.“

„Aber wie — warum? — Ich begreife nicht —“

„Höre mich an, Vater! — Wie zwei Kinder lebten wir zusammen so manches Jahr, ein Herz verstand das andere, eins ergänzte das andere. Geliebt habe ich ihn von jenem Augenblicke an, da ich ihn zum ersten Male erschaute. Dort im Garten war es. Meine Liebe wuchs mit mir und ward stark, sie füllte mein Herz aus und beglückte mich. Noch war sie wunschlos. Aber allmählich zog die Sehnsucht in meine Brust ein, ich wollte ihn besitzen — ganz und gar, einzig und allein besitzen. Mein sollte er sein und an seiner Brust zu ruhen, erschien mir als der Inbegriff paradisischer Seeligkeit. Ich las in seinem tiefunklen Auge seine Liebe, sie wehte mir entgegen, wie der Duft eines Blauweilchens und das Bewußtsein, von ihm, geliebt zu werden, berauschte mich.“

„Schwärmecin!“ Er lächelte wehmüthig und liebkoste das seidenweiche Haargelock.

„Aber es lag ein Hauch unendlicher Behmuth über seinem Wesen ausgebreitet. Ich sah und fühlte tagtäglich, wie er sich abmühte, seine Liebe zu mir zu ver-

bergen. Das that mir unbeschreiblich weh und ich hätte am liebsten mich in seine Arme stürzen und stehen mögen: Nimm mich an, Geliebter, ich will Dein sein für immer. — Du blickst mich mißbilligend an, Vater?“

„Dein Mädchenstolz hätte Dich bewahren sollen —“

„Wahre Liebe kennt keinen Stolz, sie geht in dem Geliebten auf. — Eines Abends war es — noch nicht viele Tage sind seitdem verfloßen — da saßen wir in seligen Träumen bei einander, unsere Herzen pochten einander entgegen, unsere Hände fanden sich — er aber riß sich von mir los und weinte bitterlich. Daß er sich von dem Augenblicke hatte übermannen lassen, daß er mir seine Liebe gestanden — das ersahen ihm als strafwürdiges Verbrechen. Und dann erzählte er mir Alles. Ich sollte doch von ihm lassen, hat er, ich sollte ihn vergessen.“

„Und Du?“

„Mein Herz gehört Dir nach wie vor, Paul,“ sagte ich. „Ist es denn nicht wahr, lieber Vater, hat er durch seine langjährige Treue seinen jetzigen Fehltritt nicht gesühnt?“

„Aber die jetzige Untreue, Anita?“

„Weil er ein Mal schwach gewesen ist, wird er auch zum zweiten Male gefallen sein . . . weil er ein Mal eine böse That begangen, wird er auch dies Verbrechen begangen haben — Vater, Vater, das ist die Weise, wie die Welt urtheilt . . . Du wirst anders urtheilen — Dein edles Herz . . .“

„Ich urtheile nicht nach Scheingründen, nicht auf einen Verdacht hin beschuldige ich ihn. Ich habe die Gewißheit, daß er der Thäter ist. Kein Anderer kann es sein. Muß ich Dir noch einmal erzählen, warum nur er allein es sein kann? Er hat mich bestohlen, Anita, Paul ist zum Diebe geworden . . . zum zweiten M-

sein, nach ihrem Preisverzeichnis zu bezahlen; sie verhalten sich deshalb gegenüber dem Verlangen der Arbeiter ablehnend. Wenn keine Einigung zu Stande kommt, ist ein Streit sicher.

## Aus Nah und Fern.

Ein fester Bissen für die Juristerei scheint der Prozeß des Magistrats der Stadt Hannover gegen die Schlächter-Innung daselbst auf Uebergabe der Verwaltung des städtischen Schlachthofes an die Stadt zu werden. Bekanntlich hat sich in der Zeit, in der die Schlächter-Innung die Verwaltung des Schlachthofes führt, auf letzterem eine derartige Votterwirtschaft gezeigt, daß der Magistrat an die Innung das Ersuchen um Abgabe der Verwaltung an die Stadt richten zu müssen glaubte. Da, wie unseren Lesern erinnerlich sein dürfte, die Schlächter-Innung der Aufforderung des Magistrats, das Schlachthaus in städtische Verwaltung zu geben, nicht gutwillig nachgegeben ist, es vielmehr auf einen Prozeß ankommen läßt, so blieb der Stadtverwaltung nichts übrig, als sich die Mittel zur Führung dieses Prozesses bewilligen zu lassen. Die Bewilligung der Mittel ist denn auch im Bürgervorsteher-Kollegium gegen 4, im Magistrat gegen 1 Stimme ausgesprochen. Wie sich nun mittlerweile herausstellt, sollen sich dadurch, daß in der am 29. Dezember vor dem Landgericht Hannover erlassenen Vorentscheidung das Werthobjekt auf 2 1/2 Mill., statt, wie vom Magistrat und der Schlächter-Innung angenommen, auf 600 000 Mark, festgesetzt ist, die Prozeßkosten ungeheuer hoch stellen. Die Gebühren des Gerichts und der Anwälte für die oben benannte Vorentscheidung haben schon allein 20 397 Mk. (!) betragen. Wie weiter juristisch mehrfach festgestellt sein soll, würden die Kosten, wenn der Prozeß durch alle drei Instanzen geführt wird, im Minimalfalle 175 677 Mark betragen. Sobald jedoch ein Beweisverfahren eingeleitet wird, was ohne Zweifel der Fall, würden sich die Kosten noch bedeutend erhöhen. — Da muß den Juristen das Herz im Leibe lachen.

Berlin. Eine vornehme Ehe. Der Sohn eines vielgenannten aktiven preussischen Ministers, so schreibt man dem Vorwärts, Offizier in den Reichslanden und bekannter Lebemann, lernte eine auf Besuch in seiner Garnisonsstadt weilende junge Dame kennen, die Tochter eines höheren Beamten aus der Rheinprovinz. Es entstand eine gegenseitige Neigung. Die Bedenken, die der Vater des Mädchens gegen den jungen Mann wegen seines leichtfertigen Lebenswandels anfangs hegte, wurden überwunden, und bald fand die Hochzeit statt. Bei dem Offizier war es offenbar ein rein sinnliches Verlangen, das ihn zu dem schönen Mädchen zog; denn daß ihn der Reichtum der Dame gelockt hätte, scheint schwer glaublich im Hinblick auf die Millionen, die sein Vater besitzt, und die Annahme einer tieferen, mehr seelischen Neigung widerlegt sich von selbst, wenn man die weitere Geschichte dieser vornehmen Ehe vernimmt. Die junge Frau hatte nämlich zu ihrer Bedienung oder auch zu ihrer Gesellschaft eine hübsche Rheinländerin mit sich in ihr neues Heim gebracht. Als nun die Zeit erfüllt

ward, da wurden so ziemlich zu gleicher Zeit einem Vater zwei Kinder geboren, außer dem rechtmäßigen noch eins von dem Kammermädchen, das der Gesinnungslump von Ehemann während der Flitterwochen seiner Ehe im eigenen Hause verführt hatte. Darob große Verstörung der Frau, Entrüstung ihres Vaters und eileitende Schritte zur Ehescheidung. Schließlich Abfindung des Mädchens mit Geld und Verschönerung der jungen Frau mit ihrem Gatten, an dem sie trotz des Vorgefallenen immer noch hängt. Abreise beider nach Berlin, wo ja der edle Ministersohn und Premierlieutenant Gelegenheit finden wird, seinen polygamischen Gelüsten zu fröhnen. Wer zerstört denn nun eigentlich die Heiligkeit des Familienlebens? — U. A. v. G.

Aufrechterhaltung der Familie und der Sittlichkeit steht bekanntlich auf dem Programm der „Staats-erhaltenden“, und weil sie Familie und Sittlichkeit untergräbt, soll die Sozialdemokratie mittels der Umsturzvorlage vernichtet werden. Jedenfalls aus gleichem Grunde giebt die Kölner Stadtvertretung den „Rothen“ auch den Saal des Gürzenich nicht her, dieweil ja in den Versammlungen über Familie und Ehe hergezogen werden könnten. Aber zu Maskenbällen ist der Saal zu haben, und zu welcher Art von Maskenbällen! Die ultramontane „Rhein. Volkszt.“ schreibt: „Der Dreikönigenball auf dem „Gürzenich“, welchen der Restaurateur desselben veranstaltet, bildet alljährlich die Einleitung zu den hiesigen Vereinsfesten. Hoffentlich findet aber die in dem hiesigen Tanzhause beliebte Art nirgendwo anders Nachahmung. Denn ein schamloseres Treiben, wie man es dort anschauen mußte, dürfte schwerlich von einer Gesellschaft geduldet werden. Die Dirnen, die mit geringen Ausnahmen die weiblichen Besucher ausmachten, trugen eine Frechheit zur Schau, die namentlich den Fremden anekelte.“ Dirnenwirtschaft schadet der Sittlichkeit nicht, aber sozialdemokratische Versammlungen — das ist etwas Anderes!

Nachspiel zum Straßenkrawall. Kassel. Ein zweites gerichtliches Nachspiel zum Kasseler Straßenkrawall fand vor der Strafkammer statt. Bei diesem Monstre- und Massenprozeß saßen 15 Personen auf der Anklagebank, und 34 Zeugen wurden vernommen. Die fünf Hauptkrawaller sind bereits im November von dem Schwurgericht abgeurteilt, heute handelt es sich um diejenigen 15 Personen, welche nur wegen einfachen Widerstandes gegen die Staatsgewalt nach §§ 113 und 114 des Reichsstraf-Gesetzbuches und wegen Aufstands nach § 116 des Reichsstraf-Gesetzbuches angeklagt sind. Von diesen wurden nur zwei zu einer Gefängnisstrafe von 4 resp. 3 Monaten verurteilt.

Aus den Selbstgesprächen eines reichen Faulenzers.

„Wie schnell vergeht doch ein Vormittag,“ seufzte er, als er um halb zwölf Uhr aus dem Bette stieg.  
„Selbst ist der Mann!“ sprach er energisch — und ließ sich von seinem Bedienten anziehen.  
„Arbeit macht das Leben süß,“ brummte er in sich hinein und steckte sich eine Havannah-Cigarre an.

ist er zum Diebe geworden. Das erste Verbrechen war eine That, die sich mit jugendlichem Leichtsinne — in etwas wenigstens — entschuldigen läßt. . . . Und ich habe sie entschuldigt, ich habe sie vergeben und vergessen. Aber dieser neue große Vertrauensmißbrauch! Und wenn ein Engel vom Himmel herniederstiege und für ihn flehte, mein Herz wird hart bleiben.“

„Und wenn sich seine Schuldlosigkeit dennoch herausstellen sollte, Vater —“ ein hoffnungsreiches Aufleuchten der braunen Augen huschte über des Mädchens Gesicht, wie ein Sonnenstrahl über Gräber — „wenn auch in diesem Falle der Schein trägt, wie so oft schon, wenn er trotz alledem von dem Verbrechen frei ist, Vater — darf ich dann . . . Vater . . . darf ich dann ihm angehören?“

„Er ist nicht schuldlos, mein Kind.“

„Vater! Wenn . . .“

Mit einem Ruck erhob er sich aus dem Sessel, um das Zimmer zu verlassen. Auf der Thürschwelle wandte er sich noch einmal um — und schüttelte langsam sein Haupt.

Zwei braune Augensterne starrten auf die Thür, die sich längst hinter ihm geschlossen hatte. Eine große Thräne zitterte in den Wimpern.

Es war ein harter Schlag gewesen, welcher Anita in der letzten Stunde getroffen. Ihrem Herzen hatte es so wehe gethan, was der Vater über Paul gesprochen. Nicht als ob sie an seine Schuld geglaubt hätte — nein, nicht eine einzige Sekunde lang war sie in ihrem Vertrauen wankend geworden — aber daß ihn überhaupt ein solcher Verdacht hatte treffen können, schmerzte sie tief. Und dann — was stand ihm dann bevor?! Sie schauderte, wenn sie daran dachte. Beide Hände presste sie vor das Gesicht, um das laute Schluchzen zu ersticken. Wie mochte es ihm zu Sinne sein, wenn ihn die Häsher mit rauhen Worten anfahren, ihn ergreifen, wohl gar mißhandeln. Und Alles auf einen bloßen Verdacht hin. Wenn er doch nur hier gewesen wäre, um sich gegen eine solche Beschuldigung vertheidigen zu können! Warum mußte er gerade jetzt fern sein? O, diese Reize, wie oft schon hatte sie dieselbe verwünscht, wie viel unter der Trennung gelitten! Sonst sah sie jeden Tag sein liebes Antlitz, hörte seine liebe Stimme, jetzt kam ihr das Haus

üde vor, der Garten wie eine Wüste. Und wer weiß, wie lange man ihn von ihr fernhalten würde!

O Gott, o Gott,“ murmelten ihre Lippen, „schicke Du einen Strahl Deines Lichtes in dieses Dunkel. Führe ihn aus Kerker und Banden zurück in meine Arme, sende ihm einen Engel, der ihm heimbegleite, wie einst des Tobias Sohn aus Mederland. Stärke ihn, lieber, guter Gott, verlaß ihn nicht in der bitteren Stunde, die ihm bevorsteht.“ Sie rang die Hände und die großen Augen blickten flehend nach oben. „O, könnte ich nur einen Augenblick in seiner Nähe weilen und ihm in's Ohr flüstern, daß ich auf ihn baue, ob auch die ganze Welt an ihm verzweifelt.“

Die Zimmerthür that sich auf und die Tante erschien in der Oeffnung. Auf ihrem Gesicht stritten Aerger und Befriedigung mit einander — Aerger über den großen Verlust und Befriedigung über die Entlarbung des jungen Mannes. Zu einem Aerger lag eigentlich für sie kein Grund vor, denn ihr Schwager hatte, als er ihr die Mittheilung machte, hinzugefügt: „Selbstverständlich trifft Dich der Verlust nicht, denn ich komme dafür auf. Nicht Du bist bestohlen worden, sondern ich . . .“ Einerlei, es war immerhin ein Verlust von zwanzigtausend Mark.

Als Tante Leocadia die Schwelle überschritt und ihre Nichte das bethrante Gesicht zu ihr aufhob, gewann die Befriedigung das Uebergewicht auf ihren unschönen Zügen. Sie hatte niemals dem „Eindringling“, dessen Anwesenheit im Hause ihr von jeher unmotiviert erschienen war, Wohlwollen entgegen gebracht. Mit einem instinktiven Reide hatte sie bemerkt, wie man ihn „verhätschelte“ und für ihn schwärmte — mehr sogar, als für ihren Neffen, dem es als einem Sohn des Hauses ohne Zweifel viel eher gebührte. Als sie jetzt die Thränen bemerkte, welche feinetwegen geweint wurden, haßte sie ihn förmlich.

„In Thränen, mon enfant?“ Es lag ein süßlicher Spott in den Worten. „Du solltest Dich vielmehr freuen.“

„Freuen? Warum freuen?“ Wie ein fernes Donnerrollen klang es.

„Weil der Heuchler entlarvt ist?“

„Wer ist entlarvt?“

„Keine Ruhe bei Tag und Nacht“,

pfiff er und setzte sich ans Klavier.

„Dem Ochsen, der da drischt, sollst Du das Maul nicht verbinden,“

dachte er und klingelte dem Lakai; der brachte sein Frühstück, bestehend aus: ein Beefsteak mit Ei, eine Flasche Burgunderwein, dann Austern und Champagner.

„Noth lernt beten,“

bemerkte er in Gedanken; dabei befahl er, daß ihm sein Diener noch eine Flasche Beau-Cuquot bringen sollte.

„Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.“

trillerte er vor sich hin, befahl Johann, daß er einspannen lassen solle und fuhr sodann zu seiner Geliebten.

„Endlich finde ich Zeit, meinen verwandtschaftlichen Pflichten nachzukommen“,

da finden wir ihn im Kasino mit einigen Gleichgesinnten und spielte er „meine Tante, deine Tante.“

„Morgenstunde hat Gold im Munde,“

fallte er in abgebrochenen Worten, als er um 5 Uhr früh sternenhagenvoll bei aufgehender Sonne den Heimweg antrat.

Ein Bild aus der Gegenwart. Vor der Leichen-Jury in Ost-London steht eine ärmlich gekleidete Frau, mit Namen Sarah Cohn, und weinend erzählt sie dem Vorsitzenden eine traurige Geschichte von dem soeben erfolgten Tode ihres letzten Kindes, eines 19 Monate alten Mädchens. „Das Kind war krank, mein karglicher Wochenlohn gestattete es mir nicht, das kranke Kind geübrig zu pflegen, und das Londoner Hospital, an das ich mich wandte, verweigerte die Aufnahme des Kindes.“ — Vorsitzender: „Was ist Ihre Beschäftigung?“ — „Ich bin Pantoffelmacherin und verdiene 3 Mark die Woche; davon zahle ich zwei Mark für Wohnung.“ — Als Zeuge erscheint Dr. E. M. Rich, der Arzt des Londoner Hospitals, der vom Vorsitzenden befragt wird, warum die Aufnahme des Kindes verweigert wurde. „Das Kind,“ antwortete er, „war nicht krank, sondern verhungert. Die Sektion ergab, daß der Magen vollständig leer war. Und wir können hungerrnde Kinder nicht aufnehmen, sonst hätten wir ganz Whitechapel (das jüdische Arbeiterviertel Londons) im Krankenhaus . . .“

(Zum besseren Verständniß des Erzählten ist Folgendes zu bemerken: In England wählt jede Grafschaft eine Leichen-Jury, die aus einem Vorsitzenden (Coroner) und zwölf Geschworenen besteht. Der Coroner, der entweder Jurist oder Arzt sein muß, hat die erste Untersuchung zu führen, wenn Jemand eines gewaltsamen oder plötzlichen Todes gestorben ist. Er präsidiert dann einer Jury von zwölf Männern aus der Grafschaft, die über die Todesursache ein einstimmiges Urtheil abzugeben haben. Verfolgung und Anklage des eventuellen Schuldigen liegt in seiner Hand. Es giebt in England kaum einen besseren Platz, soziale Studien zu machen, als in den Verhandlungen der Leichen-Jury, die uns oft, leider nur zu oft, Bilder von menschlichem Elend und menschlicher Verkommenheit entrollen, wie wir sie sonst nur als Ausgebirten einer zügellosen Phantastie zu betrachten geneigt wären.)

„Nun, Dein hochherziger, edelmüthiger Jugendgespieler und Freund, Herr Paul Kopfbach.“

Anita hielt mit Gewalt an sich, sie krampfte ihre Rechte um die Lehne des Stuhles und schaute nach der Sprecherin hin, wie eine gereizte Löwin auf den heran kommenden Jäger, der ihr Junges rauben will.

„Was wird der Herr Lieutenant von Eberbach-Rauhhorst sagen, wenn er erfährt, daß seine zukünftige Gemahlin eine Liaison . . .“

„Der Herr mag sagen, was ihm beliebt.“

„Er darf es nicht erfahren, Märchen.“

„Ich werde es ihm persönlich mittheilen, falls er es hören will.“

„Ei, ei, wie unvorsichtig! Du solltest an Deine Zukunft denken.“

„Auf Paul's Liebe beruht meine Zukunft.“

„Horribel! Also so wenig Stolz besitzt meine Nichte, daß sie Thränen vergießt um einen . . .“ Sie hielt erschreckt inne vor dem finstern Blick der großen, braunen Augen.

„Warum vollendest Du den Satz nicht, Tante?“ fragte das Mädchen höhnisch. „Fürchtest Du Dich etwa? Ja? Um wen weine ich?“

„Wenn Du es absolut hören willst, meine Liebe, um einen Dieb weinst Du, welcher Deinen Vater respektive mich . . .“

Jetzt sprang die Löwin vor, der Feind hatte ihr Liebstees angetastet. Die Wangen brannten vor Feuer, die dunklen Augen sprühten Blitze, die Hand ballte sich, der Busen slog stürmisch.

(Fortsetzung folgt.)

## Litterarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart F. S. W. Dieß Verlag) ist uns soeben die Nr. 1 des 5. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Neues Jahr, neue Kämpfe, neue Siege. — Wer hat, dem wird gegeben. — Der „Hut“ im Reichstage. — Frauenrechtlerische Harmoniebeslei. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Für Volles Recht (Gedicht). — Fenilleton: Sylvesternacht. Von Mia Glaffen. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Nachrichten. — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1895 unter Nr. 2756) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Inseratenpreis die zweispaltige Petitzeile 20 Pf.